

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Zusammentritt des Obersten Rates am 4. August.

### Vorher Sachverständigenberatungen in Paris.

London, 26. Juli. Reuters meldet amtlich: Der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden England auf der Konferenz vertreten. Lloyd George werde wahrscheinlich nicht zugegen sein.

London, 26. Juli. Wie Reuters erfährt, haben die britische und die französische Regierung ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberstleuten zusammenhängen. Wie bereits mitgeteilt worden ist, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkommission zusammenzutreten zu lassen, und um den Wünschen Beider entgegenzukommen, hat sie zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris abgehalten wird. Die britischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tuston, Vorstand des mitteleuropäischen Departements, und Waterlow, Mitglied dieses Departements, sind heute nach Paris abgereist. Eine Reihe der genannten Oberstleuten wird nicht erwogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberstleutenliche Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden.

## Rohbach und Konforten als französische Kronzeugen.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Temps bezieht sich auf frühere Äußerungen des Generals Höfer, des Leutnants Rohbach und anderer Größen des Selbstschutzes, um die Gefahr einer deutschen Erhebung in Schlesien nachzuweisen. Daß außerdem ein neuer Befehlstand drohen könne, will das Blatt nicht bestreiten. Es müßten eben aus beiden Gründen Truppen entsandt werden. Nach der Behauptung des Temps habe Deutschland den Artikel 375 des Friedensvertrages, auf den es seine Ablehnung der Truppentransport-erlaubnis stützt, falsch ausgelegt und außerdem, so schließt das Blatt etwas lähn, hat sich Frankreich durch die Erklärung, daß es nun nun an die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien trage, das Recht erwirkt, auch lokal einzugreifen. Das Ganze sieht sich stark wie eine *Mädzugastronade* an.

Der Artikel des französischen Blattes zeigt, wie die Großmächtigkeiten der Rohbach und anderer Reaktionäre — ob General Höfer dazu gehört, wissen wir nicht — der deutschen Sache nach außen ebenjo schaden wie die Pläne dieser Kappgelehrten die deutsche Republik bedrohen.

## Berständigungspolitik ist nol.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die dem Reichskanzler Wirth nahestehende Germania wendet sich gegen die fehlerhafte Politik des Machtkompromisses und sagt, es sei demgegenüber geradezu eine europäische Lebensnotwendigkeit, daß die deutsche Reichsregierung in allen Fällen den klaren und deutlichen Rechtsstandpunkt einnehme und bemüht bleibe, auf dem Boden des Rechts mit den Nachbarstaaten zur Verständigung zu kommen, was im besonderen auch Polen gegenüber heute noch möglich sei, wenn es eben den Gedanken aufgab, Polen und Frankreich seien allein auf der Welt. Es gäbe schon in Warschauer leitenden Kreisen einsichtige Köpfe, die sich aber zur Zeit noch nicht durchzusetzen vermöchten. Deutschland sei jedenfalls zu einer Politik, die den Gedanken einer gesamten Solidarität Europas konsequent durchführe, bereit.

Die Freiheit wendet sich gegen eine Illusionspolitik in der Annahme englischer Sympathien für Deutschland, während Deutschland London jedesmal nötige, Berlin erst die kalte Schulter zu zeigen. Das Blatt erwartet, daß der Oberste Rat sich auf die Fassung eines Provisoriums in der oberstleutenlichen Frage beschränken wird und hält das zur Zeit, angesichts der nationalpolitischen Erregung auf beiden Seiten und der Anbahnung zu einer unmittelbaren deutsch-polnischen Verständigung für das Beste. Es sei von der verflochtenen deutschen Regierung viel verkümmert worden, aber es sei noch nicht alles verloren, wenn die jetzige Regierung vernünftig vorgehe und statt ihre Aufmerksamkeit durch den Gegensatz im Lager der Entente bannen zu lassen, erstlich an eine direkte Fühlungnahme mit dem polnischen Staat denke, der zuletzt ja auch einsehen müsse, daß die französische Freundschaft alles andere als einen uneigennütigen Charakter trage.

## Kahr sucht sich zu drücken.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der Angelegenheit der Ausweisung des russischen

Staatskommissars Krestinski ist, wie die V. B. N. melden, eine Stellungnahme der bayrischen Regierung auf die Anfrage der Reichsregierung bis heute noch nicht erfolgt.

Wiesleucht fragt Dr. Gradnauer noch einmal dringlich in München vor?

## Japanischer Verzicht auf die 26 prozentige Abgabe.

Tokio, 25. Juli. Die japanische Regierung hat die Absicht, eine 26 prozentige Abgabe von den in Japan einzuführenden deutschen Waren zu erheben, endgültig aufzugeben.

Bisher hat nur England die 26 prozentige Abgabe auf die Einfuhr deutscher Waren, zu der das Ultimatum allen Alliierten das Recht gibt, eingeführt. England verfolgt damit zwei Zwecke: es sichert sich von vornherein seinen Anteil an den Erträgen der Ausfuhrabgabe und drohelt die deutsche Einfuhr, da die deutschen Exporteure das Risiko, einen Teil der Abgabe nicht zurück-erstattet zu bekommen, fürchten und deshalb in der Ausfuhr nach England vorsichtig sind. Durch den Verzicht der übrigen Alliierten auf die Erhebung der Abgabe wird natürlich die Verpflichtung der deutschen Regierung, ihren Gegenwert abzuliefern, nicht aufgehoben.



## Für das hungernde Rußland.

Berlin, 27. Juli (Eig. Drahtmeldung der V. B.) Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands veröffentlicht folgenden Aufruf:

Angesichts der in Rußland ausgebrochenen Hungernot, die die Arbeiterklasse Rußlands mit dem physischen und psychischen Untergang bedroht, richten wir auf Veranlassung unserer Partei an alle Arbeiterparteien und Organisationen Deutschlands das dringende Ersuchen, unverzüglich ein Arbeitskomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welches die Hilfsaktion in Deutschland organisieren und anführen soll. Wir wenden uns gleichzeitig auch an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zur Organisation einer internationalen Hilfsaktion zu ergreifen.

Die Freiheit bemerkt dazu: Der Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands deckt sich sinngemäß mit der Aufforderung des Exekutivkomitees der Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, wonach in allen Ländern Arbeiterauschüsse zur Hilfeleistung für Rußland gebildet werden sollen. Der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat die sich hieraus ergebenden Maßnahmen bereits getroffen. Dagegen hat der Vorstand der SPD, auf ein Schreiben der Zentrale der KPD, geantwortet, daß er sich zwar an einer allgemeinen Hilfsaktion beteiligen wolle, „er werde aber politische Einseitigkeit“ in dieser Frage und somit auch die kommunistische Sonderaktion ablehnen. Wir sind davon überzeugt, daß die rechtssozialistischen Arbeiter diese Stellungnahme ihres Parteivorstandes nicht verstehen werden. Es ist nun nicht darum zu handeln, irgendwelche, aus parteipolitischen Motiven geborene Sonderaktionen zu unterstützen, sondern das gesamte Proletariat muß zusammentreten, um den hungernden Arbeitern und Bauern in Rußland schnelle Hilfe zu geben. Die Ablehnung jeder „politischen Einseitigkeit“ würde nur bedeuten, daß die Arbeiterklasse ihre ganze Hoffnung auf das Bewusstsein jener kapitalistischen Kreise setzen soll, die die Hungerskatastrophe in Rußland am liebsten dazu ausnützen möchten, um dort ein reaktionäres Regime wieder aufzurichten.

Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, kommen heute im Reichstagsgebäude auf Veranlassung der KPD, Vertreter der Arbeiterparteien zusammen, um über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens des Proletariats zur Behebung der russischen Not zu beraten. Die SPD hat es allerdings abgelehnt, an dieser Besprechung teilzunehmen, da es sich nach ihrer Auffassung bei der Hilfeleistung nicht um eine Parteianglegenheit handele.

In Rußland breitet sich, wie die Rigaer Zeitung aus Moskau meldet, die Cholera aus. Danach starben in Moskau 500 Choleraerkrankte. 24 000 Choleraerkrankungen seien im Juni registriert worden. Die Zwetska schlägt vor, 100 000 Arbeiter mit ihren Familien in dem Steppengebiet längs der Wolga anzusiedeln.

Wir können unserm Berliner Organ nur zustimmen und billigen die Haltung unseres Zentralkomitees.

## Das österreichische Proletariat für Rußland.

Wien, 26. Juli. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs richtet an die Arbeiterklasse Deutschösterreichs einen Aufruf mit der Aufforderung, der von Hungersnot und Seuchengefahr bedrohten russischen Revolution zu Hilfe zu eilen. Die Arbeiter verteidigten, so heißt es in dem Aufruf, mit der russischen Revolution ihre eigenen revolutionären Erwerbenschaften und Hoffnungen.

## Aus Oesterreichs Revolution.

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung sind „Militärpolitische Erinnerungen“ von Julius Deutsch erschienen, der als sozialdemokratischer Vertrauensmann vor den Tagen des Zusammenbruches bis zum Ausschleiden der Sozialdemokraten aus der Regierung, also vom Ende Oktober 1918 bis Ende Oktober 1920, das Staatsamt für Heereswesen leitete. Diese zwei Jahre umschließen die Geschichte der österreichischen Revolution, deren zweifellos bedeutungsvollstes Kapitel die Revolution der österreichischen Soldaten darstellt. Einen wertvollen und überaus interessanten Beitrag zu diesem Kapitel geben die Memoiren Deutsch, die trotz ihrer notwendigerweise persönlichen Note ein anschauliches Bild der gewaltigen revolutionären Ereignisse Oesterreichs seit den ersten Sturmzeichen der Revolution, dem großen Januarstreik im Jahre 1918 entrollen.

Die Gunst des Schicksals hatte ihn schon Ende 1917 als „sozialistischen“ Referenten in das österreichische Kriegsministerium, also in das Zentrum der österreichischen Heeresverwaltung gestellt. „Die Sozialpolitik hat“, erzählt er nicht ohne Humor, „von meiner Tätigkeit im Kriegsministerium nicht viel Nutzen gehabt.“ Seine Abhandlungen wurden nämlich alle ad acta gelegt. Desto mehr Nutzen gewährte seine Anwesenheit im Kriegsministerium dem Wiener Proletariat. Er erzählt:

„Meine Stellung im Kriegsministerium verschaffte mir die Kenntnis von allerlei Maßnahmen der Herrschenden gegen die Arbeiter, die für das taktische Verhalten der sozialdemokratischen Partei nützlich gemacht werden konnten. In die ersten Wochen meiner Tätigkeit war der Januarstreik 1918 gefallen. . . Im Amte hatte ich es mir so einrichten können, daß die amtlichen Meldungen, die sonst nur an die Abteilungsvorstände gingen, auch in meine Hand gelangten. . . Als der Streik ausbrach, war die militärische Situation in Wien für die Regierung recht ungünstig. In den Kriegsanstalten, die so zahlreich waren, wie der Sand am Meere, ferner in den Spitälern und Kasernen gab es eine Fülle von Soldaten. Diese aber waren zu einem Kampf gegen streikende Arbeiter nicht zu gebrauchen, denn sie waren für einen solchen Zweck nicht militärisch organisiert und übrigens durch ihren mehr oder weniger langen Aufenthalt im Hinterlande auch nicht in jener Stimmung, die sie zu einer Hilstruppe gegen das Volk hätte zuverlässig erscheinen lassen. Wie ich aus einem amtlichen Bericht an das Kriegsministerium erlah, verfügte die Regierung am Tage des Streikausbruches nur über 3000 Mann wirklicher Kampfruppen.“

Das hat sich freilich in den nächsten Tagen gründlich geändert. Es kamen rumänische und ruthenische Frontbataillone an, über die die Regierung ohne weiteres und gegen jedermann verfügen konnte. . . Die Nachmittage der Regierung waren nach vier bis fünf Tagen groß genug um jede „Ausbreitung“ der Streikenden im Amte zu erdrücken. Die weitere Fortführung des Streiks unter den Kriegrecht und unter den drohenden Bajonetten vorkommender Soldaten war zu einem gefährlichen Wagnis geworden. Wozu noch kam, daß die Wiener und die niederösterreichische Arbeiter sich in ihrem Kampfe alsbald auf sich allein gestellt sah. Ein ungarischer Genosse, der in der letzten Streiktage nach Wien kam, berichtete, daß der gleichzeitige Streik der Budapestener Arbeiter sich nicht mehr lang werden halten können. Die tschechischen Arbeiter hatten, vor einigen Gruppen abgesehen, überhaupt nicht gestreikt. Diese Umstände waren entscheidend. Wenn die tschechischen Arbeiter überhaupt nicht mittaten, die ungarischen Arbeiter nicht länger aushalten konnten und in Wien die Regierung in zünftigen Bataillonen auf Bataillon einmarschieren ließ, mußte an den rechtzeitigen Abbruch des Streiks gedacht werden sollte die Arbeiterschaft nicht eine schwere Niederlage erleiden.

Die sehr schmerzliche Erkenntnis, daß diesmal die Arbeiterschaft noch zu schwach war, einen durchgreifenden Erfolg zu erringen, mußte unser Handeln bestimmen. Der Januarstreik war ein Sturmzeichen, noch nicht der Sturm.

Daß es den Militärgegnern im Januar 1918 nicht möglich war, den Streik der Arbeiter gleich nach seinem Ausbruch blutig niederzuwerfen, daß sie sich sogar bequemern mußten, mit der Arbeiterschaft zu verhandeln, und süßlich Versprechungen über Versprechungen zu häufen, hatte ihren Stolz tief gekränkt. Sie gingen nun daran, für die Zukunft vorzusehen, also Militärformationen zum ausgesprochenen Zweck aufzustellen, um eine neuerliche Erhebung der Arbeiterschaft zu parieren. Dem mußte entgegengewirkt werden:

„Der sterbende Militarismus mußte im Falle einer direkten Angriffs wie sinnlos um sich schlagen und blutige Opfer sonder Zahl heischen. War er diese Opfer noch wert? Sollte es nicht möglich sein, den Habsburgermilitarismus ohne blutigen Kampf zu besiegen? Der Versuch hierzu mußte jedenfalls gemacht werden.“

Ich begann unter den Soldaten der Wiener Kasernen nach Vertrauensmännern Umchau zu halten. Bald hatt

\* Julius Deutsch, Aus Oesterreichs Revolution, Militärpolitische Erinnerungen, 148 Seiten.

th fast in jedem deutschen Truppenkörper Soldaten oder Unteroffiziere gewonnen, die mich über alle Vorkommnisse in den Kojernen auf dem laufenden erhielten. Allmählich zog ich das Netz dieses Vertrauensmännersystems, in das auch einige Offiziere miteinbezogen werden konnten, dicht. Auch in den Kojernen fanden wir Eingang, was bewirkte, daß sobald kein Befehl, kein wichtigeres Dienststück abgefertigt werden konnte, ohne nicht auf dem kürzesten Wege zu meiner Kenntnis zu gelangen.

Als es soweit war, konnte ich, gestützt auf die Mitarbeit der Vertrauensmänner, einen Schritt weitergehen. Die Agitation gegen den Krieg war ohnehin bereits in vollem Gange und brauchte durch unsere Militärorganisation kaum mehr ernstlich betrieben zu werden. Sie ging durch die Presse, durch die Versammlungen, durch den Einfluß der Angehörigen der Soldaten und vor allem durch die Kriegserlebnisse jedes einzelnen Mannes ihren tausendfältigen Gang. Wir brauchten sie nur für unsere engeren, rein militärischen Zwecke zu benutzen. Es kam da vor allem darauf an, einzelne Formationen so weit zu bringen, daß sie im Ernstfall nicht mehr den Befehlen ihrer Vorgesetzten, sondern den Weisungen meiner Vertrauensmänner folgten. Dabei war unangenehm immer nur an die Defensive gedacht. Die Mannschaften sollten sich weigern, auf Arbeiter zu schießen! Erst später, als der Krieg schon fast in sich zusammengebrochen war, und es, wie uns schien, nur mehr eines entschlossenen Stoßes bedurfte, um die Militärführerschaft in den wohlverdienenden Abgrund zu stürzen, gaben wir die Parole aus, sich an einem offenen Eingreifen an der Seite der Arbeiterschaft bereitzustellen.

Es war notwendig, die sich entwickelnde Militärorganisation geheimzuhaltend. Wurde sie vorzeitig entdeckt, so mußten wir unser Vorhaben mit dem Leben bezahlen. Das herrschende Kriegsrecht — das wußten wir nur zu gut — wäre jenseit in seiner ganzen Strenge gehandhabt worden. Deshalb war jeder Vertrauensmann zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Es wurde ihm insbesondere eingeschärft, keinerlei Aufzeichnungen zu machen, auch nichts schriftlich mitzuteilen, sondern seine Meldungen stets mündlich zu erstatten. Das wurde bis in die letzte Zeit hinein gehandhabt. Dann kamen allerdings auch schriftliche Berichte, weil die Schwäche der Herrschenden immer offener wurde und die Furcht schwand. Anfangs sprach ich auch jeweils nur mit einem Vertrauensmann allein, der ausschließlich mit mir verkehrte und von den anderen gewöhnlich nicht einmal die Namen wußte. Auf diese Weise wollte ich verhindern, daß im Falle einer Entdeckung ein Schwächling die anderen jähle verraten können. Später konnten wir auch in dieser Beziehung laxer sein und die Vertrauensmänner direkt miteinander in Verbindung treten lassen.

Indes, rascher als es die Nachhaber ahnten, war das Gebäude ihrer Herrlichkeit zusammengebrochen. Die geheime Militärorganisation brauchte nicht in Wirksamkeit zu treten. Widerstandslos kapitulierten das alte Österreich. Nun hatte der Tag andere Aufgaben gestellt.

Von der Front kam die Nachricht, daß die Soldaten nicht mehr länger bleiben wollten, sondern in aufgelösten Scharen dem Hinterland zuflüchten. Aber im Hinterland tat auch niemand mehr Dienst. Die Depots waren ohne Besatz, Plünderungen begannen, von da und dort wurden Brände gemeldet. Die Kriegsgefangenenlager waren auch mit einem Male ohne Wachen. Die Gefangenen, auf diese Weise frei geworden, bewaffneten sich und alsbald hörten wir, daß sich einzelne Abteilungen drohend gegen Wien und andere Städte auf den Weg machten. Der allgemeine Wirrwarr wurde noch durch den eigenmächtigen Abmarsch der nicht-deutschen Formationen vermehrt, die unter allerlei Anflug und Schiebereien wegmarschierten. Auf den Bahnhöfen stauten sich die Soldaten. Alle Züge waren überfüllt und aus den Zügen wurde mit besonderer Vorliebe geschossen, ohne daß jemand hätte sagen können, wozu und weshalb. Nirgends war eine Macht zu erspähen, die imstande schien, dem hereinbrechenden Chaos Halt zu gebieten. . . . Es hatte keinen Sinn mehr, Maßnahmen zum Kampfe gegen die Militärgewaltigen zu treffen, weil diese ja bereits alle Gewalt verloren hatten. Es galt vielmehr, nun den Kampf gegen die rasch um sich greifende Anarchie aufzunehmen.

Julius Deutsch war von der sozialdemokratischen Partei als Unterstaatssekretär für das Heereswesen dem neugebildeten Staatsrat, der schon am 21. Oktober 1918 die volle Macht im Staate innehatte, in Vorschlag gebracht und als solcher gewählt worden. Er ging unverzüglich ans Werk, eine neue Wehrmacht, eine Freiwilligenarmee, die Volkswehr, aufzustellen. Wien war geradezu aller Truppen entblößt; alles hatte sich verlaufen. Deutsch verfügte kaum über zwei Kompanien. Eile war daher not. Schon am zweiten November hatte Deutsch eine Anzahl Vertrauensmänner der früheren geheimen Militärorganisation im Kriegsministerium versammelt, um ihnen die Weisungen für die Anwerbung der Volkswehr zu geben. In den ersten drei Tagen hatten sich zweitausend Soldaten gemeldet, einige Tage später standen schon sechstausend Mann in den neugebildeten Formationen.

Die neue Armee konnte nur ein Instrument der Revolution sein oder Neusterrreich wäre versunken in den blutigen Abgründen des Bürgerkrieges. Sehr zutreffend sind daher die folgenden Betrachtungen Deutsch:

„Es gab nur zwei Wege: entweder die Armee wurde in der althergebrachten obrigkeitlichen Weise ausgebaut und ihre Angehörigen mit dem Gedanken reaktionärer Ordnungsmacherei erfüllt oder aber die Wehrmänner erfahnten die Idee revolutionären Fortschritts und schlossen sich geistig der organisierten Arbeiterschaft an. Ein drittes war zur Zeit der Revolution unmöglich.

Daß wir nicht den reaktionären, sondern den revolutionären Weg wählten, war selbstverständlich. Wir wandten uns mit allem Vorbedacht an die revolutionären Instanzen der Massen. Unsere Werbearbeit richtete sich unmittelbar an die sozialdemokratischen Arbeiter und forderte sie auf, sich im Interesse der proletarischen Sache der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen.

Es kamen freilich nicht nur sozialdemokratische, sondern auch kommunistische Arbeiter. Diesem Umstand mußte in unserem weiteren Verhalten Rechnung getragen werden. Sollte die Volkswehr, trotzdem ihre Angehörigen sich zu zwei einander bekämpfenden Parteien bekannten, ein militärisch brauchbarer Apparat sein, dann durfte der Richtungsstreit der Wehrmänner die militärische Einheitlichkeit der Formation nicht stören. Deshalb stellten wir die proletarische Idee an sich, losgelöst von jeder Parteischattierung, an die Spitze. Wir bemühten uns, in der Wehrmannschaft eine proletarische Einheitsfront aufrechtzuerhalten, was auch in einem weitgehenden Maße gelang. . . . Außerlich war die Einheitsfront der Wehrmannschaft dadurch gekennzeichnet, daß sie sich politisch hinter den Wiener Arbeitererrat stellte, auf dessen Boden ja beide proletarischen Parteien wirkten.

Daß die Sozialdemokraten sowohl im Arbeitererrat als auch in der Wehrmannschaft über eine sichere Mehrheit verfügten, erleichterte uns natürlich dieses Verhalten. . . . Unter der Autorität des Arbeiterrates, den die Sozialdemokraten wie die Kommunisten gleichermaßen respektierten, wurde die Disziplin in der Volkswehr aufrechterhalten. Es war eine revolutionäre Disziplin, denn die Volkswehr war eine revolutionäre Truppe, die von dem Gedanken zusammengehalten wurde, im Kampf gegen die Reaktion einig zu sein und kraft dieser Ueberzeugung die notwendige militärische Ordnung in der Truppe aufrechtzuerhalten.

Der revolutionäre Geist, der in der Volkswehr lebte, verhäutete eine der größten Gefahren, die Söldnerarmeen bedrohten: das Prätorianertum. Mit den „kleinen Napoleons“, jenen Leuten, die die Volkswehr als Fußschemel persönlichen Machtstrebens gebrauchten wollten, sind wir fertig geworden, weil die Mannschaft von Woche zu Woche mehr mit dem Gedanken erfüllt wurde, nur ein Teil des arbeitenden Volkes zu sein, dessen Willen es gegen jedermann zu erfüllen galt.

Aber noch eine andere Gefahr wurde vermieden: das Verfallen in jenen typischen Söldnergeist, der nur auf persönliche wirtschaftliche Vorteile bedacht ist. Es ist bezeichnend, daß die soviel verlästerte Volkswehr trotz der geradezu trostlosen wirtschaftlichen Lage, in der sich jeder einzelne ihrer Angehörigen befand, niemals eine Lohnbewegung inszeniert hat. Es haben im Laufe meiner zweijährigen Amtsführung alle möglichen Kategorien von Arbeitern, Beamten und auch Offizieren ihre wirtschaftlichen Forderungen mit Gewalt, durch Massendemonstrationen oder im Streik, durchzusetzen versucht. Aber nicht ein einziges Mal hat die Volkswehr zu einem Mittel der Gewalt zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gegriffen, obwohl ihr wahrlich mehr Machtmittel zur Verfügung standen, als irgend einer anderen Gruppe von Staatsangestellten. Die Volkswehrleute fühlten sich eben nicht als Söldner, die sich dem Staate möglichst teuer verkaufen, sondern als Arbeiter, die mit ihrem Waffendienst eine proletarische Pflicht erfüllen.

In einer Fülle leiblicher Erzählungen wird aus diesem Buche sichtbar, mit welcher unglücklichen Kühn die Einheitsfront der proletarischen Wehrmacht, die schlechtweg die Schlüsselstellung der Revolution war, gehalten werden mußte. Allen, die in der Wehrmacht als bewußte Revolutionäre tätig waren, war es klar, daß die Zerspaltung der Wehrmacht das Ende der Revolution, den Beginn des Aufstieges der Reaktion bedeute. Und während die Kommunisten außerhalb der Volkswehr bedenkenlos auf die Zerspaltung der Wehrmacht hinarbeiteten, stand die Agitation der Kommunisten innerhalb der Volkswehr zweifellos unter der Hemmung der riesenschweren Verantwortung für das Schicksal der Revolution. Die kommunistischen Soldaten waren viel härter unseren taktischen Erwägungen zugänglich, als die kommunistischen Führer.

Der Einheitsfront der Wehrmacht dankt, dies ist heute klar sichtbar, die österreichische Arbeiterschaft eine Machtstellung im Staate, die kaum ihresgleichen hat. In der neuen Wehrmacht, die die Volkswehr ablöste, lebt der Geist der Volkswehr, der Geist der unverbrüchlichen Solidarität mit dem Proletariat. Die Soldaten der neuen Wehrmacht, ausgestattet mit allen Freiheitsrechten aller Staatsbürger, fast ganz im sozialdemokratischen Militärverband organisiert, sind der lebendige Wall, daran sich die Fluten der Reaktion brechen. Das Problem der Revolution war in erster Linie das Problem der Organisation der materiellen Machtmittel im Staate. Da es der österreichischen Sozialdemokratie gelang, das Militärproblem der Revolution zu meistern, war es ihr auch gegeben, die Probleme der Revolution in den Grenzen der außerpolitischen Machtverhältnisse reiflos zu lösen.

## System Kahr in Bayern.

Der Schauspieler Franz Fall Khefeld richtet in der Dresdner Unabhängigen Volkszeitung einen offenen Brief an den Münchner Polizeipräsidenten, in dem ein geradezu schmachvolles Bild über die Zustände in den modernen Folterkammern Bayerns entrollt wird. Khefeld war zwecks Engagements nach München gereist. Da er keinen Paß hatte — Bayern wahrst bekanntlich keine „Eigenart“ gegenüber dem übrigen Deutschland auch dadurch, daß es sich durch Paßangelegenheiten abschließt — wurde er wegen „Paßvergehen“ zu vier Tagen Haft verurteilt. Khefeld ist geborener Berliner, aber russischer Staatsangehöriger. Obwohl er keine Papiere vollständig in Ordnung vorlegte, wurde er in Schutzhaft genommen und zunächst nach der Krankenabteilung der Strafanstalt Stadelheim (er ist lungenkrank) und dann auf seine Beschwerde hin nach 14 Tagen gefesselt nach dem Internierungslager Fort Prinz Karl bei Ingolstadt gebracht.

Im Internierungslager befanden sich 80 Ausländer, zum Teil schon neun Monate und länger. Das Essen spottet nach Khefelds Angaben jeder Beschreibung. Wässrige Gemüseluppen ohne den geringsten Fettzusatz und völlig geschmacklos zubereitet. Täglich 200 Gramm Brot. Fettlich so gut wie gar nicht. Khefeld erhielt innerhalb vier Wochen 50 Gramm. Ueber die Folgen derartiger Ernährung und andre skandalösen Zustände lesen wir in dem offenen Briefe:

„In welchem Zustande sich die Internierten befinden, besonders diejenigen, die längere Zeit dort sind, läßt sich gar nicht beschreiben. Die meisten sind derartig unterernährt, daß sie völlig kraftlos sind. Auch werden die Internierten zur Arbeit gezwungen, und zwar vor- und nachmittags je zwei Stunden. Viele waren so schlapp, daß sie die verlangte Arbeit, die aus 50 Kilogramm Wasser pumpen u. a. bestand, nicht leisten konnten. Alle Beschwerden beim Kommandanten über das Essen waren zwecklos. Der mich im Lager behandelnde Arzt, Herr Dr. Kuh aus Köching, gab mir auf mein Ersuchen, mir wegen meiner Ningenüberulose etwas Milch und Krankenkost zu verschreiben, folgende kläffische Antwort: „Ich kann es vom ärztlichen Standpunkte aus nur beklammern, daß Sie eine bessere Ernährung erhalten, aber technisch ist es leider nicht möglich.“ Denkselben oder ähnlichen Bescheid erhielten auch andre Kranke. Viele der Internierten, die in guter Kleidung ins Lager kamen, wurden durch unerschütterlichen Hunger gezwungen, ihre Kleidung und Bekleidung zu Spottpreisen zu verkaufen, und besonders die Polizeibeamten des Lagers waren gern Abnehmer dafür. So wurde u. a. ein guter Sportanzug für 20 Mk. und ein Brot verkauft, nur um den Hunger zu stillen. Sehr viele sind auf gelbeid und genährt ins Lager gekommen und verließen daselbst, körperlich, seelisch und auch äußerlich zugrunde gerichtet; drei der Internierten begingen vor Hunger Selbstmordversuche, zwei erhängten sich und einer schnitt sich die Pulsader auf. Es wurde jedoch glücklicherweise rechtzeitig entdeckt. Die Unglücklichen wurden zur Strafe in Arrest gesperrt. Zwei Internierte machten am 12. Juli einen Fluchtversuch. Die beiden wurden jedoch abgefaßt und mit Gummiknüppeln unglücklich geschlagen. Dann steckte man sie in Arrest und sie bekamen zwei Tage nichts zu essen. So geschah, Herr Polizeipräsident, im „Kulturkaat“ Bayern im Juli 1921. Den Lesern diene zur Aufklärung, daß jeder Beamte des Lagers mit einem Seitengewehr,

einem Karabiner, einer Browningpistole und einem Gummiknüppel bewaffnet ist, als ob es sich nicht um Zivilinternierte, sondern um schwerste Verbrecher handelte.“

Als folgte großer Schwüle die Internierten eines Abends 10 Minuten länger als erlaubt das Fenster offen gelassen hatten und der Aufforderung des wachhabenden Postens zum Schließen nicht gleich nachkamen, schoß dieser scharf. Und am andern Morgen wurden die Internierten auf zwei Tage wegen Geforsamsverweigerung eingesperrt. Ohne jedes Verschulden war Khefeld zwei Monate lang interniert. Da endlich hatte man herausgefunden, daß sich seine Festhaltung nicht rechtfertigen lasse. Er kam wieder auf freien Fuß, mußte aber die Kosten des Abschubs über die Grenze für den ihn begleitenden Beamten sowohl wie für sich selbst bezahlen, obwohl er kaum zu leben hatte.

So geht es in Bayern zu. Und diese „bayerische Eigenart“ soll mit allen Mitteln gewahrt werden. So will es Kahr, so will es Böhmer, so wollen es alle Reaktionenäre in Bayern und über Bayern hinaus. Bayern ist seit geraumer Zeit das Land der Schmach. Die Deutschnationalen erregen sich täglich über schmachvolle Verhandlungen, die Deutsche in den besetzten Gebieten von den Alliierten erfahren. Aber die schmachvolle Behandlung Deutscher in deutschen Bayern wird nicht nur nicht von ihnen bekämpft, sondern als der Ausfluß höchster Staatsverwaltungskunst und peinlichster Gewandigkeit gefeiert.

München, 24. Juli.

Die in der Presse veröffentlichten Zeitstellungen über gefesselte Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern, besonders in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld, wurden bereits von den Regierungskreisen abgelehnt. Nun kam es im bayerischen Landtag bei der Behandlung eines Antrages auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission auf Grund Artikel 52 der bayerischen Verfassung, zur Untersuchung der Zustände in der Festung Niederschönenfeld zu einer ausführlichen Debatte im Verfassungsausschuß. Die Abgeordneten Fischer (USP.) und Frau Widenbrenner (KPD.) trugen umfangreiches Material vor, von dem wir folgendes wiedergeben:

Die Gefangenen in Niederschönenfeld sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Man geht mit Waffengewalt gegen sie vor. Drei Gefangene die Beschwerden ihrer Mitgefangenen beim Festungsvorstand vorbrachten, sind deshalb in Einzelhaft gebracht worden. Ein Beschwerdebotegramm, das an die Regierung gerichtet war, hat die Gefängnisverwaltung gar nicht verlassen. Einem Gefangenen, der körperlich stark heruntergekommen war, wurde Milch und Eier vom Arzt verordnet, vom Festungsvorstand aber abgelehnt. Es kommt auch vor, daß Gefangene in die Irrenzelle gesperrt werden. Der neue Festungsvorstand, Staatsanwalt Kraus, brachte einen streng militärischen Geist in die Festung. Die Posten erhielten Anweisung, nach dem zweiten Anruf rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Sämtliche Beamte sind mit Militärgeweh ausgerüstet. Familienangehörige erhalten statt wie bisher sechs, nur noch zwei Stunden Besuchserlaubnis. Der Vorstand erklärte, daß Besuche überhaupt aufgehört hätten. Beschwerden nähren nichts, sie kommen einfach zum Nil. Der Vorstand erklärte einem Gefangenen: „Der Oberstaatsanwalt (Auffschüßelbode) hat hier gar nichts anzuordnen, das tue ich.“ Wer innerhalb 14 Tagen mit mehr als zwei Bitten kommt, erhält Einzelhaft. Einem Teil der Gefangenen, die Abgeordnete sind, ist es nicht immer möglich, sich an ihre Parlamentsfraktion zu wenden. Die alte Mutter des Genossen Toller wird nur zum Besuch vorgelassen, wenn Toller seiner Mutter schreibt, daß er sich auf führen würde. Das zweieinhalb Jahre alte Kind des Abgeordneten Schmidt wird bei einem Besuch körperlich durchsucht und unter Aufsicht gestellt. Ein Gefangener, der den Vorstand hat, einen Mitgefangenen, bei dem die Häftlingshölle offenkundig war, in eine Heilanstalt unterzubringen, wurde in Einzelhaft gestellt. Frühere Festungsvorstände waren bemüht, den Festungscharakter der Haft zu wahren. Jetzt wird alles getan, um der Haft den Charakter des Gefängnisses zu verschaffen. Menschlich und loyal denkende Ausseher werden verfehrt und nur ganz „brauchbare“ in der Festung belassen. Von einem Ausseher wurden einem Gefangenen Christen angebrocht.

Dies ist nur ein Bruchteil des vorliegenden Materials. Im Gegenjah zur Behandlung in Niederschönenfeld, geht es dem Mörder von Kurt Eisner, dem Grafen Arco, — der lebenslanglich festgesetzt hat — recht gut in der Festung. Er kann Licht brennen, solange es ihm behagt. Besuche empfangen, soviel er will, kann sich in jeder Hinsicht frei bewegen und darf auch Klavier spielen.

Der Regierungsvorstand leugnete natürlich alles ab und behauptete, daß die Gefangenen in jeder Hinsicht auf behandelt würden. Die in der Presse vorgebrachten Angaben seien von Anfang bis zu Ende erlogen. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung wurde, wie wir schon im Telegramm mitteilten, gegen die Stimmen der USP., KPD. und SPD. abgelehnt. Da aber nach der Verfassung ein Fünftel der Stimmen sämtlicher Abgeordneter genügen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu erzwingen, so besteht noch die Möglichkeit, daß in der nächsten Plenarsitzung der Antrag doch angenommen wird.

## Fraendorfer unschuldig?

Ein Opfer der Kahr'schen Presseleute?

München, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. R.) Bei der Vernehmung des früheren Verkehrsministers Heinrich v. Fraendorfer erklärte Oberstleutnant a. D. Baumann namens des Korps Maxaria, dem Fraendorfer seit 1874 angehört hat, u. a.: „Als das Korps von den Gerichten hörte, kam es zu dem Entschluß, Fraendorfer vorzuladen. Er kam als ein gebrochener Mann, aber ruhig gab er die Aufschlüsse. Den häßlichen Vorwurf der Münzfälschung wies er zurück, nur Medaillen aus seinem eignen Besitz habe er angebot. Sie seien an den betreffenden Stellen für unecht gehalten worden, aber nicht von allen Kennern. Er habe sie seit Jahren für echt gehalten, und als sie angezweifelt worden seien, zurückgenommen. Was von Silber- und Schweißgeldern gesprochen werde, sei nur gesehelt und werde ein Nachspiel haben. Alle Anwesenden, die den Verhandlungen beigewohnt haben, lauter erfahrene Juristen, sind von Fraendorfers Schuldlosigkeit vollkommen überzeugt. Die Verdächtigungen haben den stolzen und vornehm denkenden Mann niedergeworfen. Warum habe er sich nicht gewehrt mit der Kraft, die wir bei ihm gekannt haben? Weil er diese Kraft nicht mehr besitzen habe. Erst am Mittwoch habe er, der Redner, eine Reihe von Briefen erhalten, die Fraendorfer reinigen würden. Darunter ein Schreiben an seinen Rechtsbeistand, in dem er in den letzten Minuten seines Lebens schreibt: „Du wirst mein Andenken reinigen, denn Du kannst es.“ Und das wird geschehen. Von diesem Grabsiegel werden die Wege der Reinigung angezogen, dann werden Tausende kommen und hier Abhilfe leisten. Wir haben also keinen Mann zur Ruhe gelegt, an dem wir irre geworden sind, sondern einen vornehmen, edel denkenden Mann, der keine Lüge taunte und kein Münzfälscher war, um häßlichen Gewinn zu machen.“

In der heutigen Morgennummer der Münchner Neuesten Nachrichten müssen diese eine Zufahrt des Rechtsbeistands vor

Neuesten Nachrichten ausgestreuten Verleumdungen zurückgewiesen werden. Immer mehr wird es klar, daß Frauendorfer, der in bestimmten Kreisen unliebsam geworden war, durch die Münchner Prehmeute zu Tode geführt wurde.

## Die englisch-französische Einigung.

Die Einigung, die in letzter Stunde zwischen den stark divergierenden englischen und französischen Plänen über das nächste Schicksal der ober-schlesischen Frage zustande kam, stellt eine fast unverkündete und vollständige Niederlage der französischen Regierung dar. So ziemlich in allen Streitfragen hat der englische Standpunkt gegolten: der Oberste Rat tritt nur eine Woche später zusammen, als die englische Regierung gewünscht hatte, während Beland eine Verschleppung bis mindestens Ende August hatte durchsetzen wollen; die Sachverständigenberatungen in Oberschlesien, die eine empfindliche Verzögerung der Entscheidung hervorgerufen hätten, werden fallen gelassen, es finden nur von morgen ab Beratungen in Paris statt, die mehr den Charakter einer vorbereitenden Konferenz haben und die Entscheidung nicht verzögern werden. Was aber das Wichtigste ist: der Plan der französischen Regierung, durch einseitige Truppenentsendungen die polnische Sache militärisch zu stärken, ist in der Versenkung verschwunden. Die Niederlage in diesem Punkte wird die französischen Imperialisten wohl am schmerzlichsten berühren, da sie aus der Frage der Truppenentsendungen gleichsam eine Ehrengeschichte gemacht hatten und ihr Rückzug auch eine Niederlage gegenüber Deutschland ist, das durch das Anstehen der französischen Regierung auf Durchlassung der Truppen in diesen Konflikt mit hineingezogen wurde. Es ist darum verständlich, daß sowohl die englische wie die französische Presse die Niederlage Frankreichs in der Truppenfrage zu verschleiern sucht. Die Tatsache ist aber nicht der Welt zu leugnen, daß Frankreich vor dem Zusammentritt des Obersten Rates jedenfalls keine Truppen nach Oberschlesien entsenden wird, daß also über die Frage der Truppenverstärkungen auf der Tagung des Obersten Rates von den drei Mächten einvernehmlich entschieden werden wird.

Ueber die Lösung der ober-schlesischen Frage selbst, der die Tagung des Obersten Rates gewidmet ist, besteht noch keine Klarheit. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus London ist sich mit den Informationen des Petit Parisien deckt, ist der englisch-italienische Vorschlag einer Zuteilung der unumstrittenen Gebiete an Deutschland und Polen und einer befristeten internationalen Verwaltung des strittigen Gebiets fallen gelassen worden. Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten, jedenfalls aber liegt die Entscheidung darüber beim Obersten Rat. Er wird sorgfältig zu erwägen haben, ob eine endgültige oder provisorische Entscheidung eher dazu angetan ist, die aufgewühlten nationalistischen Leidenschaften zu besänftigen und einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen die Wege zu ebnen. Ueber den Zusammentritt der Sachverständigenkommission wird gemeldet:

Paris, 26. Juli. Die Agence Havas teilt mit: Entsprechend dem jetzt von Frankreich, England und Italien angenommenen Verfahren wird die Sachverständigenkommission, die die ober-schlesische Frage vor dem Zusammentritt des Obersten Rates prüfen soll, am kommenden Donnerstag in Paris zusammenzutreffen.

Paris, 26. Juli. Der Sachverständigenausschuss ist nunmehr ernannt. Die französische Regierung hat in diesem Ausschuss delegiert: den Ministerialdirektor Laroche, den Sekretär der Botschaftskonferenz, Mignani, den Justizrat am Quai d'Orsay, Fromageot, und als besonderen Kenner der ober-schlesischen Frage Ingenieur Péro Duce. Die italienische Regierung hat den Gesandten Garbasso, der sich zur Zeit bei der Pariser Botschaft befindet und nach Südamerika gehen soll, sowie den Richter Biotti ernannt. Ein dritter italienischer Sachverständiger wird noch bestimmt werden.

## Die Tagesordnung des Obersten Rates.

Paris, 26. Juli. Wie der Intendant mitteilt, wird die Tagesordnung des Obersten Rates außer der ober-schlesischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Das Reglement der türkischen Meerengen; die Sanktionen; die Bestrafung der Arlegeschuldigen; die Frage der belgischen Priorität sowie damit im Zusammenhang stehende Probleme, insbesondere ein neues Arrangement zugunsten Italiens, das durch die Zahlungsunfähigkeit Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens benachteiligt wäre; die Frage der Finanzhilfe für Oesterreich und einer eventuellen Hilfsaktion gegen die russische Hungerkatastrophe; endlich die Probleme des nahen Ostens.

Im Gegensatz dazu meldet Reuter:

London, 26. Juli. Wie Reuter zu der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates erfährt, wird Lloyd George wegen der Fülle der zu bewältigenden Arbeiten nicht in der Lage sein, London zu verlassen. Die Zusammenkunft des Obersten Rates wird, wie man glaubt, nur von kurzer Dauer sein, da nur die ober-schlesische Frage auf der Tagesordnung steht. Die englischen Sachverständigen sind bereits nach Paris abgereist.

Wir müssen in die Richtigkeit der Reuter-Meldung einige Zweifel setzen, da es undenkbar scheint, daß die englische Regierung darauf verzichten wird, die Frage der Aufhebung der Sanktionen aufs Tapet zu bringen. Deutschland hat durch seine klägliche Erfüllung des Ultimatus sich darauf einen Anspruch erworben, der auch von englischer Regierungsseite wiederholt anerkannt wurde und den es auf der nächsten Tagung des Obersten Rates durchzusetzen verspricht. Daran ändert auch das amtliche englische Dementi des von uns mitgeteilten angeblichen Schriftwechsels zwischen Lloyd George und Stresemann, der eben veröffentlicht wird, nicht das geringste.

## Kein Generallist in Rybnik.

Breslau, 27. Juli. (U.) Die Generallistparolen sind nicht einmal im Kreise Rybnik befolgt worden. Es kam nur zu Teilkreisläufen. Auch der Streik in Anorow ist rasch erledigt worden.

Wir möchten überhaupt bezweifeln, ob der Generallist proklamiert wurde oder ob er nicht eine der zahllosen nationalistischen Erfindungen ist.

## Die Lage im Kreise Rybnik.

Oppeln, 26. Juli. Die Lage im Kreise Rybnik hat sich sehr geändert. Hauptächlich in der Stadt selbst, jedoch auch auf dem Lande verstärken sich die Insurgenten, und zwar durch Zugang aus Kongresspolen, auffallend schnell. Der polnische Kreisbezirk in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in Händen. Die Emma-Grube hielt vor einigen Tagen eine Besatzungsversammlung ab, in der von den Polen beschloffen wurde, sämtliche deutschen Beamten hinauszujagen. Die Donnersmarkt-Grube wird

von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. In Loslau haben sich rund 80 deutsche Familien die Stadt verlassen; in Rybnik ist die Zahl noch höher. Nach Dzierzowski wird auf Befehl des italienischen Obersten Saloni in Kattibor eine Kompanie Italiener eingesetzt werden. In Reuben ist ein Zug französischer Husaren eingetroffen.

## Ein Insurgentenangriff.

Oppeln, 26. Juli. In Kottlich fand gestern Abend in der 11. Stunde ein neuer Insurgentenangriff statt. 50 bis 60 Mann griffen das Kommando der Apo an. Zwei Stunden später steckten die Insurgenten die Papirolmühle in Brand. Aus der Richtung Wilhelmsmühle wurde sehr stark geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine stärkere Schützlinie von regulären polnischen Truppen, unterstützt von polnischen bewaffneten Insurgenten, vor der Mühle lag. Die Papirolmühle ist vollständig niedergebrannt.

## Die ober-schlesische Entscheidung und das Schicksal der Regierung.

### Eine Erklärung Schillers.

Kemnitz, 25. Juli. Reichsjustizminister Schiller hielt am 25. Juli in Kemnitz eine Rede über die politische Lage, in der er sich über die Stellung des Kabinetts Wirth folgendermaßen äußerte:

„Der Reichstanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargelegt, daß der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in der Aufhebung der Sanktionen und in der ober-schlesischen Frage mit leeren Händen vor dem Reichstag treten müsse. Diese Erklärung ist teilweise so aufgefaßt worden, als wenn er und die Mitglieder seines Kabinetts für ihre Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verhältnissen nicht gerecht. Die Mächte der Entente müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Zuteilung von Oberschlesien entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Wirth mehr bedeute als einen bloßen Personenwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Wucht der Ereignisse hinweggefegt wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung möglich macht. Was soll dann kommen? Ein Kabinett der Rechten? Das würde in kurzer Zeit beiseite sein. Ein Kabinett der Linken? Es würde dasselbe Schicksal haben. Die Auflösung des Reichstages? Sie würde eine Verstärkung der Rechten und Linksparteien und eine Zerreibung der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Mehrheit da, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleisten würde. Darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Wirth das Schicksal Deutschlands ab; nicht um der Männer willen, sondern um der Art der Zusammensetzung willen. Es hängt — darüber kann gar kein Zweifel sein — weiter das Schicksal Europas, das Schicksal der Welt davon ab. Aus scheinbar kleinen Dingen würden große gewaltige, furchtbare, verhängnisvolle Folgen entstehen.“

## Eröffnung der Abrüstungskonferenz am 11. November.

### Eine Vorkonferenz über den Stillen Ozean.

Paris, 26. Juli. Chicago Tribune meldet aus London, in einer Note des Staatsdepartements, die der Botschafter Farney dem Foreign Office übergeben habe, sei der 11. November für die Eröffnung der Washingtoner Konferenz festgelegt worden. In der Note werde ferner erklärt, die amerikanische Regierung sei einer Vorkonferenz über die den Stillen Ozean betreffenden Fragen geneigt, jedoch wünsche sie keine Konferenz in London. Staatssekretär Hughes habe in der Note keinen bestimmten Ort der Tagung angegeben, doch nehme man in London an, daß er einen Ort in einem neutralen Lande bevorzugen würde.

London, 26. Juli. Nach einer Erhaltungsmeldung aus Washington verlautet dort, daß nach Auffassung des Staatssekretärs Hughes das britische Reich auf der Abrüstungskonferenz nur eine Stimme haben soll, auch wenn die Vertreter der Dominions zur britischen Delegation gehören.

## Amerikanischer Druck zur Verminderung der Rüstungen?

Paris, 26. Juli. Havas meldet aus Washington, Senator Borah habe im amerikanischen Senat den Antrag gestellt, daß die Zahlung der Schulden der Alliierten bis nach der geplanten Abrüstungskonferenz aufgeschoben werde. Wenn die auswärtigen Regierungen nicht in der Lage seien, sich mit den Vereinigten Staaten über das Abrüstungsprogramm zu einigen, werde das der amerikanischen Regierung ein Recht geben, auf der plötzlichen Bezahlung ihrer Schulden und Zinsen zu bestehen. Wenn die Regierungen fortführen, erhebliche Summen für ihre Rüstungen auszugeben, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich eine andre Politik einschlagen. Frankreich sei gegenwärtig die am meisten militärische Nation. Seine Armee von 800 000 Mann sei übermäßig stark. Auch England gebe ungeheure Summen für seine Armee und Marine aus.

## Der Wettbewerb der Seerüstungen.

London, 26. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten am 1. Juli 18 Großkampfschiffe im aktiven Dienst hatten. Voraussichtlich werde in diesem Finanzjahr bis zum 1. Juli 1922 die amerikanische Flotte genau wie die japanische 18 Großkampfschiffe im aktiven Dienst haben. Die entsprechenden Zahlen für das britische Reich seien 13 Schlachtschiffe und drei Schlachtskreuzer.

## Der griechische Sieg.

Die Meldungen der Agence Havas über erfolgreiche türkische Gegenaktionen haben bisher keine Bestätigung erfahren, vielmehr macht der griechische Heeresbericht über den Sieg der griechischen Truppen Angaben, die eine Gegenoffensive völlig ausichtslos und undenkbar erscheinen lassen. Auch soll nach Konstantinopeler Meldungen Angora von der kemalistischen Regierung bereits geräumt werden.

Aus Athen wird unterm 25. Juli gemeldet:

Wie dem amtlichen Flottenbericht zu entnehmen ist, haben griechische Patrouillenschiffe einen Dampfer der Kemalistik in der Ägäis mit Soldaten beladen war, angehalten. Dabei wurden große Mengen russischen Goldgeldes und türkischen Gold- und Papiergeldes erbeutet.

Nach dem Heeresbericht vom 25. Juli werden die ungeheuren Verluste des Feindes während der Kämpfe der letzten zehn Tage bis zur Schlacht östlich von Goli-Schehr bestätigt. Der Feind verlor mehr als drei Viertel seines Geschützmaterials und seiner Mannschaften. Die meisten seiner Divisionen verloren mehr als die Hälfte ihres Bestandes. Nach Besetzung und Befestigung der Linie Kinn-Karahissar-Kutahia-Goli-Schehr-Biletschli haben die griechischen Truppen des Nord- und des Südabschnittes sich vereinigt und bilden eine einzige Front. Die Front des Feindes dagegen ist gebrochen; seine Truppen in Angora sind von denen in Konia getrennt.

(Demnach wurde durch den griechischen Vorstoß ein Keil zwischen die türkische Front getrieben und ihr südlicher Flügel, der bei Konia, das etwa 250 Kilometer südlich von Angora gelegen ist, stand, vom nördlichen getrennt. D. Red.)

London, 26. Juli. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind die ersten Maßnahmen zur Räumung von Angora getroffen worden.

Paris, 26. Juli. Die Liberté veröffentlicht ein Erhängungs-Telegramm aus Konstantinopel, nach dem die kemalistische Regierung ihren Sitz ebenso wie den der Nationalversammlung nach Sivas verlegt hat.

(Sivas liegt etwa 400 Kilometer östlich von Angora im Innern Kleasiens. D. Red.)

## Armenien im Bund mit Griechenland?

Berlin, 27. Juli. (U.) Die armenische Republik hat, wie der Deutschen Ill. Ztg. gemeldet wird, in Athen eine Gesandtschaft errichtet. Als Gesandter ist Digran Lohassan entsandt. Eines seiner Hauptziele soll die Einigung mit Griechenland wegen Teilnahme von Armenien im griechisch-türkischen Kriege auf griechischer Seite sein. Die Verbindung mit Armenien besteht nur durch Festspruch.

## Der U-Schwindel vom drohenden Linkspusch.

### Ein markierter Rückzug.

Die ehrenwerte Telegraphen-Agentur hat es nicht für nötig gehalten, die Feststellung der Deutschen Allgemeinen Zeitung ihren Abnehmern mitzuteilen, daß „an alle zuständigen Stellen“ von den „zahlreichen Verhaftungen“ in Düsseldorf, Köln, Breslau, Bielefeld, Berlin usw., die mit einem angeblich von Frankreich unterstützten drohenden Kommunistenputsch in Verbindung stehen sollten, nichts bekannt sei. Dafür bringt sie heute die folgende Rückzugsnotiz:

U. Breslau, 26. Juli. Der Polizeipräsident von Breslau bestätigt die von der U-Union gebrauchte Meldung von der Verhaftung des angeblichen Goldwarenhändlers Fix und dessen Aussagen über den geplanten Linkspusch mit französischer Unterstützung.

Die Schwindeltelegraphenagentur will also den Eindruck erwecken, als habe sie überhaupt nur von einer Verhaftung in Breslau gesprochen!

Die Person des Herrn Fix wird man sich natürlich noch etwas genauer ansehen müssen. Daß dieser Goldhändler Kommunist ist, beweisen wir sehr. Wahrscheinlich hat er aber enge Verbindungen zu irgendeiner der vielen offiziellen oder privaten Spitzelzentralen!

Bemerkenswert ist, daß die Herfurthblätter, die den U-Schwindel frühzeitig brachten, das Dementi der Deutschen Allgemeinen Zeitung verschweigen! Die bei ihnen übliche Ratten-giftmischermethode.

## Die kommunistische Niederlage bei den Metallarbeiterwahlen.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. Z.) Die Berliner rote Fahne ist durch den Ausgang der Metallarbeiterwahlen recht verstimmt. Nicht ganz unrecht klagt sie über das Fehlen des Proportionalwahlsystems, das beispielsweise die 23 000 kommunistischen Wähler ohne Vertretung läßt, während die 31 000 Anhänger der Amsterdamer Auffassung 77 Delegierte nach Jena entsenden. Das Blatt schreibt über die Niederlage, die Kommunisten wüßten, daß der Einfluß der Verbandsbürokratie, gestützt durch die größtenteils sozialdemokratischen Zeitungen und den gesamten Verwaltungsapparat nicht auf einen Schlag beseitigt werden könne. Die Schädlichkeit der Amsterdamer Gewerkschaftstaktik werde sich für die Arbeiter in den kommenden Kämpfen in weitaus größerem Maße als bisher zeigen. Dann würden die Metallarbeiter, und nicht zuletzt die der USPD, einsehen müssen, daß sie bei der jetzigen Wahl in ihrer Mehrheit gegen ihre eigenen Interessen gestimmt hätten.

Derartige Zukunftsmusik hören wir schon lange von den Kommunisten. Aber die Entwicklung geht unbestimmt um sie einen andern Weg. Die Arbeiterchaft kommt mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß die Partei- und Gewerkschaftszersplitterung sie auf falsche Bahnen führen, und sie sagt diesen Katastrophopolitikern, die sie in wahnwitziger Abenteuer und blutigen Niederlagen führt, in zunehmendem Maße ab, wie der Rückgang der Kommunisten zeigt.

## Zentrumsführer Trimborn gestorben.

Bonn, 26. Juli. Der Staatssekretär a. D. Geheimrat Trimborn, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages und der deutschen Zentrumsparlei, ist gestern Abend hier an den Folgen einer Operation gestorben.

## Von Nah und Fern.

### Schweres Explosionsunglück in Oberschlesien.

Oppeln, 26. Juli. In der Sprengstofffabrik Kriemwald ereignete sich heute Morgen ein folgenschweres Explosionsunglück, beim Ausladen von Explosivstoffen. Die ganze Vignolefabrik ist in die Luft geflogen. Elf Arbeiter wurden sofort getötet; weitere drei starben auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Fünf Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten wird auf über 20 geschätzt. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Entstehungsurache der Explosion ist bisher unbekannt. Der Betrieb wird auf längere Zeit stillgelegt werden müssen. In der Fabrik waren etwa 550 Arbeiter beschäftigt.

### Automobilunglück im Grunewald.

Berlin, 27. Juli. Der Chauffeur eines Wiener Barons, der mit seiner Familie in einem Berliner Hotel wohnt, unternahm gestern mit fünf Automobilisten eine Spazierfahrt durch den Grunewald. Bei Schildhorn verlor die Steuerung, und das Auto fuhr gegen einen Baum. Sämtliche Insassen wurden herausgeschleudert. Ein Schlosser war sofort tot; die übrigen erlitten schwere Verletzungen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

**Steckenpferd-Seife**  
die beste Milchemulsion für zarte weiße Haut

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Stöcker, Freitag, 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Funktionär Sitzung bei Heine, Zuchthausstraße. Alle Funktionäre, Beisitzer, Helfer und arbeitsfreudigen Genossen und Genossinnen werden ersucht zu erscheinen.

Ortsverein Sommerfeld, Engelsdorf, Paasendorf. Die Bibliothek ist wieder jeden Mittwoch, abends von 6-7 Uhr, geöffnet.

Ortsverein Plagwitz, Lindenau-Schleußig. Freitag, 29. Juli, Kinderausflug. Treffpunkt früh 7 Uhr Schafwiese.

Gewerkschaftsartikel. Donnerstag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, Monatsversammlung im Volkshaus, Zimmer 9.

Uchtung! Die für Donnerstag, den 28. Juli 1921, in den Drei Ecken geplante Versammlung fällt aus.

Heute abend 7 Uhr spricht Genosse Karsten im Elysium, Eisenstraße, über die Neugestaltung der Sozialversicherung.

Gewerkschaftsartikel. Gruppe 11, Metallindustrie, Untergruppen 5, 6 und 7. Freitag, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Sagt es allen

die bei den bisherigen Wahlen bürgerlich gewählt haben, daß die Broschüre, die in den nächsten Tagen einsehen wird, ein Werk der bürgerlichen Parteien ist.

Sagt es allen

die immer noch bürgerlich-kapitalistische Zeitungen bezahlen und lesen, daß sie auf die Weise die Macht des Kapitals, der bürgerlichen Parteien, der Brodwucherer stärken.

Die Arbeiterklasse kann sich nur günstigere Zustände schaffen, wenn sie sich völlig freimacht von dem Einfluß der kapitalistischen Blätter.

Leset daher die Leipziger Volkszeitung.

In keine Arbeiterwohnung darf ein grobkapitalistisches Blatt hinein.

Werbt neue Leser für die Leipziger Volkszeitung!

Mahnahmen zum Schutze der arbeitenden Jugend.

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen Deutschlands,

dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, die Sozialistische Proletarierjugend und die Kommunistische Jugend angeschlossen sind, verlangt unter Aufrechterhaltung weitergehender grundsätzlicher Forderungen folgende besonders dringende gesetzgeberische Mahnahmen zum Schutz und Wohl der Jugend:

Allgemeine Forderungen.

I. Die gesetzlichen Jugendbeschützbestimmungen, die sich auf die Arbeitszeit, Pausen, stündliche Sonntagsruhe, das Verbot der Nachtarbeit und die Beschäftigung in besonders gefährdeten Betrieben beziehen, sind auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahre ist jede Beschäftigung in Gewerbe- oder Handelsbetrieben zu verbieten.

II. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen sind durch Tarifverträge zu regeln.

III. Einführung des sechsstündigen Arbeitstages für die erwerbstätige Jugend bis zum vollendeten 16. Lebensjahre; Verbot von Ueberforderungen des achtschündigen Arbeitstages für Jugendliche über 16 Jahre, Entrechnung der Pflanzschulzeit und aller Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten in die regelmäßige Arbeitszeit; freier Sonnabendnachmittag; insgesamt nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche.

IV. Gewährung von ausreichenden, zusammenhängenden Ferien, mindestens 14 Tage, für die Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre mindestens 3 Wochen im Jahr unter Weitergewährung vereinbarter Vergütungen (Lohn, Gehalt, Kost und Logis).

V. Kontrolle aller Betriebe auf Innehaltung der Jugendbeschützbestimmungen durch die Gewerbe- und Handelsinspektionen, die in enger Verbindung mit besonderen Gewerkschaftsbeauftragten ihre Tätigkeit ausüben haben.

Diese besonderen Gewerkschaftsbeauftragten haben auch bei Beschwerden, die nicht nur den gesetzlichen Jugendschutz treffen, das gesetzliche Recht, mit den Betriebs- und Geschäftsinhabern über die Beschwerden der Jugendlichen unter Hinzuziehung eventuell bestehender Betriebsvertretungen der Arbeiterschaft zu verhandeln.

VI. Alle Bestimmungen, die die Vereins- und Versammlungsfreiheit der Jugendlichen beschränken, sind aufzuheben.

VII. Die Rechtsprechung in allen sich aus dem Arbeitsverhältnis der Jugendlichen ergebenden Streitfällen ist den Arbeitsgerichten (Gewerbe- und Kaufmannsgerichten) zu übertragen. Die Zuständigkeit der Innungschiedsgerichte für diese Fälle ist aufzuheben.

VIII. Allen schulentlassenen Jugendlichen, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, ist ausreichende gesetzliche Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Insbesondere sind die bisherigen Unterstützungsätze zu erhöhen, da sie selbst im Verhältnis zu den unzureichenden Sätzen der erwachsenen Arbeitslosen zu gering sind.

Reform des Lehrlingswesens. I. In allen Städten und Kreisen sind für alle Berufe, die eines geordneten Lehrganges für den jugendlichen Nachwuchs bedürfen, Berufscommissionen zu schaffen, die aus den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände in gleicher Stärke zu bestehen sind.

Nach Bedürfnis wählen sich diese Kommissionen unparteiische Vorsitzende.

II. Soweit keine tarifliche Regelung vorliegt, haben die Berufscommissionen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen das Recht:

- a) nach Prüfung der Verhältnisse der Betriebe das Recht zur Lehrlingshaltung zu gewähren oder zu entziehen,
b) die Höchstzahl der Lehrlinge und Besondere für die einzelnen Berufe je nach Betriebsart festzusetzen,
c) die Dauer der Höchstlehrlingszeit und den Inhalt der schriftlichen Lehrverträge zu bestimmen,
d) Richtlinien für die Gehaltsprüfungen zu geben und die Prüfungen selbst zu leiten,
e) alle sich aus dem Lehrverhältnis ergebenden Streitfälle zu schlichten, durch Beauftragte die Betriebe zu kontrollieren, die Ausbildung zu überwachen und auch bei Mißständen, die sich aus dem Kost- und Logiswesen ergeben, für Abhilfe zu sorgen,
f) soweit keine tariflichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen über Lohn, Bezüge und Ferien für die Lehrlinge bestehen, haben die Berufscommissionen die Mindestlöhne oder -bezüge und die Dauer der Ferien für einzelne Betriebe oder Berufe festzusetzen.

III. Die Umgehung der tariflichen Vereinbarungen oder der von den Berufscommissionen getroffenen Bestimmungen ist rechtsunzulässig. Verstöße nach dieser Richtung hin ziehen auf Antrag der Berufscommissionen strafrechtliche Verfolgung nach sich.

IV. Um ein einheitliches Arbeiten aller Berufscommissionen zu ermöglichen, ist für jede Industriebranche eine paritätisch zusammengesetzte Reichs-Berufscommission aus den Vertretern der Spitzenorganisationen zu bilden, die allgemeine Grundsätze und Regeln für die Tätigkeiten der Berufscommissionen aufstellt.

V. Zur Lehrlingshaltung zugelassene Betriebe sind verpflichtet, in einem von den Berufscommissionen auszusprechenden Umfang Lehrlinge einzustellen. Lehrwerkstätten sind in Ansehung an größere Privat-, Staats- oder Kommunalbetriebe zu errichten, bespesseren sind für die handwerksmöglichen Berufe Sammellehrbetriebe, in denen die Jugendlichen mindestens ein Drittel ihrer Lehrzeit verbringen und außerdem Prüfungsküde anfertigen, mit kommunaler Unterstützung zu schaffen. Ist für bestimmte Berufe und nach Lage der örtlichen Verhältnisse die Errichtung von Lehrwerkstätten nicht möglich, so haben die Berufscommissionen für die Ausbildung in den Einzelbetrieben bestimmte Richtlinien aufzustellen.

VI. Alle dieser Neuregelung entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen sind aufzuheben, auch die, die den Lehrherren oder deren Beauftragten das Recht der väterlichen Zucht einräumen.

Bei einem Stuchversuch tödlich verunglückt.

Das Polizeiamt meldet: Durch Kriminalbeamte der Sittenpolizei wurde am 26. Juli früh bei der Durchsicht einiger Hotels in einem Zimmer eines solchen ein junges Mädchen angetroffen das auf dem Fremdenanmeldebogen Angaben gemacht hatte, die mit ihren späteren Angaben nicht im Einklang zu bringen waren. Die Beamten eröffneten ihr daraufhin, daß sie zwecks Feststellung des richtigen Namens mit nach dem Polizeiamt gehen müsse, womit sie auch einverstanden war, aber um Zeit bat, sich vollkommen anfeiden zu können. Sie schloß sich darauf in ihr Zimmer ein, während ein Kriminalbeamter seinen Dienst in den Nebenräumen weiter fortsetzte und ein anderer vor der Tür wartete. Inzwischen hatte das junge Mädchen eine Gardinenschnur am Fenster befestigt, an der sie sich aus dem im 2. Stock liegenden Zimmer in den Hof hinunterlassen und entfliehen wollte. Es ist ihr aber nicht gelungen, sich an der schwachen, glatten Schnur festzuhalten. Diese ist ihr vielmehr durch die Hände gerissten und hat dem unglücklichen Mädchen solche tiefe Schnittwunden verursacht, daß es die Schnur vor Schmerz loslassen mußte und aus großer Höhe rücklings in den Hof hinabstürzte. Kurz darauf ist das Mädchen an den hierbei erlittenen Verletzungen gestorben. Der Grund zu ihrem Stuchversuch ist nicht bekannt. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird darüber sowie über ihre Person Aufklärung schaffen.

Der arme Konrad.

Heute abend 7 1/2 Uhr Probe auf dem Meßplatz, hinter der Tanzbühne. Diejenigen, die sich gestern abend vergeblich den Weg machten, werden freundlichst ersucht, sich heute einzufinden. Nächste Probe Freitag.

Arbeiter-Bildungs-Institut.

Rechtsanwalt Genosse Dr. Barthel gestorben. In der Nacht zum 25. Juli ist der Rechtsanwalt Genosse Dr. Barthel an den Folgen einer Operation im Alter von 46 Jahren gestorben. Genosse Barthel war als Mitglied der Unabhängigen Partei im Februar 1919 mit in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden. Dort ist er nicht besonders hervorgetreten. Da er sich viel außerhalb Leipzigs, vorwiegend in Eisenroda aufhielt, hat er auch nur selten an den Stadtverordnetensitzungen teilgenommen. Wie aus dem Inserat in den Leipziger Neuesten Nachrichten hervorgeht, findet die Beerdigung Donnerstag, den 28. Juli, 1/2 Uhr nachmittags, von der Hauptkapelle des Südfriedhofs aus statt. Die Parteigenossen und insbesondere die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion, die dem verstorbenen Kollegen das letzte Geleit geben wollen, treffen sich 1/2 Uhr in der Hauptkapelle des Südfriedhofes.

Emil Erdmann gestorben. Wieder einer von den Alten ist vom Schmitter Tod aberufen worden. Erdmann, von Beruf Zigarrenmacher, hat ein Alter von 74 Jahren erreicht. Frühzeitig schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Im Stöckerer Quartierverein, dessen Mitglieder unter Bismarckscher Zera während des Schandgesetzes für den Sozialismus wirkten, war Erdmann ein eifriger Mitarbeiter. Auf Grund seines ruhigen bestimmten Wirkens und seines umfangreichen Wissens sandte ihn die Stöckerer Arbeiterkassette nach dem Fall des Sozialistengesetzes in den Stöckerer Gemeinderat. Als Mitglied des Ausschusses im Konsumverein Stöckerly entwickelte Erdmann eine rührige Tätigkeit im Interesse der Genossenschaftsbewegung. Seiner Ueberzeugung ist er treu geblieben. Weder in das reformistische noch ins pulcherrische Lager mochte er abzuweichen. Mit Erdmann ist einer von den Alten dahingegangen, an deren Ueberzeugungstreue sich mancher Junge ein Beispiel nehmen könnte.

Brasilienauswanderung. In Ergänzung der kürzlich veröffentlichten Notiz über die Abbestätigung von Brasilienauswanderern mit den Schiffen des Brasilianischen Lloyd im Laufe dieses Herbstes teilt die hiesige Zweigstelle des Reichswanderungsamtes (Leipziger-Gohlis, Friedrich-Karlstraße 22) mit, daß nur diejenigen auf freie bzw. vorzuschickende erfolgreiche Abreise rechnen können, die auf den von der Zweigstelle Hamburg im Benehmen mit den brasilianischen Behörden geführten Gesamtliste bereits stehen und ein vor dem 1. April 1920 ausgestelltes brasilianisches Passivum besitzen. Vor überreichten Handlungen, wie Verkauf der Möbel und anderer Habsgeligen, Abreise nach Hamburg ohne vorherige ausdrückliche Ueberzeugung zur Reise von Seiten der Zweigstelle des RWA, wird dringend gewarnt!

Sonderzüge zur Leipziger Herbstmesse. Die Bewältigung des Eisenbahnverkehrs zur Herbstmesse wird durch Einlage einer größeren Anzahl von Sonderzügen und Vorzügen bequemer und umfangreicher als bisher durchgeführt werden können. Vorläufig sind Messsonderzüge ab München, Nürnberg, Stuttgart, Basel (Mannheim), Frankfurt (Main), Mainz, Köln, Düsseldorf, Münster (Westfalen), Hamburg-Altona, Rostock, Berlin und Königsberg sowie ab Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag, Wien und Zürich in Aussicht genommen. Nach den gleichen Orten gehen Rückzüge ab Leipzig. Der Verkehr der Messsonderzüge wird sich bis Sonntag nach Meßschluß ausdehnen.

Was sind die Pfennigmünzen wert? Gegen das Hamstern von Kleingeld hat der Reichsminister der Finanzen wieder einen Erlaß an sämtliche Landesregierungen gerichtet. Sein Inhalt soll von dem Organ der Reichsverwaltung verbreitet werden. Es wird darin ausgeführt, daß jetzt Kleingeld in 5-, 10- und 50-Pfg.-Stücken in verstärktem Ausmaß geprägt wurden. Trotzdem würde immer noch Kleingeld nicht nur umlaufen, sondern sogar noch verlangt. Die Hamsterei dieser Münzen sei zwecklos, da sie einen in Frage kommenden Materialwert nicht besitzen. Das Zehnpfennigstück aus Eisen hat einen Materialwert von etwa 1/2 Pfg., die Zehnpfennig-Eisenmünze von nicht 1 Pfg., die Zehnpfennig-Zinkmünze einen solchen von 2 Pfg. und das Aluminium-Zehnpfennigstück einen von etwas über 4 Pfg. Von den Wertveränderungen des Papiergeldes bleibt auch das Metallgeld nicht verschont. Das Hamstern schädigt auch den einzelnen. Er muß das Geld aufbewahren, es kann verloren gehen oder gestohlen werden usw. Der Gesamtheit werden, um 10 000 Mt. zurückzuführen. 200 000 Zehnpfennigstücke, 100 000 Zehnpfennigstücke oder 20 000 Zehnpfennigstücke vorenthalten.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Am 22. Juli, nachmittags in der zweiten Stunde, war in einem Grundstück der Teubnerstraße ein großer Brand ausgebrochen. Die Feuerwehr wurde alarmiert und besetzte jede Gefahr. Weitere Alarmierungen fanden statt nach der Südstraße zu einem Stubenbrand und nach Großschöder zu einem größeren Brande in dem Grundstück der Transport-Gesellschaft. In beiden Fällen erfolgte die Brandlöschung nach kurzer Zeit. Seit dem 23. Juli nachmittags ist die Feuerwehr ferner tätig mit einer Hauptspitze für die Löschung eines größeren Brandes an den Kohlenwerken in Regis de Borna. Der in diesen Tagen herrschende starke Sturm erforderte gewaltige Anstrengungen zur Verhinderung der Brandübertragung auf das ganze Werk usw. Etwa 1500 Meter Schlauch waren von der Leipziger Wehr erforderlich. Kleinere Brände, verächtlicher Rauch usw. verursachten ferner das Eingreifen der Feuerwehr in der Kolonnenstraße, Katharinenstraße, auf dem Meßplatz sowie am 25. Juli in der Bornastraße. In sonstigen Hilfeleistungen wurde die Wehr viermal alarmiert.

Beitragausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter! Alle Beisitzer im Besitze von Gutscheinen müssen die Beitragausgabe an den angegebenen Ausgabestellen innerhalb drei Tagen wie folgt abholen: 28. Juli 1921 in der Zeit von 9-11 Uhr, S. Osterhausen, Pfennigstraße (Maz und Co.) Nr. 2001-2320. 29. Juli 1921 Bayerischer Bahnhof (Lehniger Straße, Maz u. Co.) Nr. 1-326. Plagwitz, Elisabethallee (Maz u. Co.) Nr. 1001-1222. Der Arbeitslosenrat.

Polizeinrichten.

Ein falscher Arzt - Geschädigte gesucht. Durch die Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß sich der hier wohnende ledige Zahnarzt Guehret als Arzt und als Zahnarzt ausgegeben und auch Untersuchungen unter dem Namen Dr. Gert vorgenommen hat. Alle diejenigen, die durch diesen Schwindler geschädigt worden sind, werden gebeten, sich schnellstens bei der Kriminalabteilung zu melden.

Zwei menschliche Köpfe, offenbar Zwillinge, sind am 23. d. Mt. in der Ruppe zwischen Luppenitz und der Leipziger Alleebrücke aufgefunden worden. Sie sind etwa 5 Monate alt, waren in eine 35x100 Zentimeter große weiße Gummianteilage mit ungleicher Häutchen verpackt und bereits stark in Verwesung übergegangen. Angaben über die Mutter werden schnellstens an die Kriminalabteilung erbeten.

Rückstrolche Radfahrer - Zeugen gesucht. Am 18. Juli ist in der Gneisenaustraße (an der Pfaffenroder Straße) eine 51 Jahre alte Frau samt ihrem Kinderwagen, in dem sich ihr 15 Wochen altes Enkelkind befand, durch einen Radfahrer umgerissen und zu Boden geschleudert worden, wobei auch der Radfahrer kurzge. Das Kind und auch die Frau erlitten Verletzungen, die ärztliche Hilfe nötig machten. - Ferner ist am 21. Juli in der Richard-Wagner-Straße eine Frau gleichfalls durch einen Radfahrer umgefahren worden. Auch sie erlitt dabei Verletzungen. Der Radfahrer wird als 20-22 Jahre alt beschrieben und soll einen gepulverten Anzug und weißen Strohhut getragen haben. Zeugen, die Angaben über die Täter machen können, werden gebeten, dies recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu tun.

Lebensmittelkalendar für Donnerstag, den 28. Juli.

Für Haushaltungen. Ausgabe. Hammelfleisch (gute Qualität) an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerversorgung ausgestellte Bezugskarten: Buchstabe St-Sch, 9-3 Uhr an dem Schlachthof gegenüber dem Schanuumt II, rechts 1. Tr. Preis für 1 Pfund 5,80 Mt. Es erhalten bis zu 3 Köpfen 2 Pfund 4 und mehr Köpfe 3 Pfund Fleisch. Einschlagpapier ist mitzubringen.

Für Händler. Die Milchhändler haben im August die Hilfsmarte 8 1/3 0 abzuschneiden und mit der monatlichen Milchabrechnung bei der Bezugskassette einzureichen. Ausl. Weizenmehl: Bezugskassettentnahme.

Sportartikel.

Uchtung! Vereinsvorstände und Technische Leiter

Betrifft Paß- und Meldebogen. Der § 13a-b unserer Bundesstatuten Seite 10-11 ist streng zu beachten. Uebertretungen desselben werden unanständiglich bestraft! Vektor Termin für Einreichung von Pässen, unabweislich, ist der 31. Juli 1921. Nach diesem Termin ein gelieferte Pässe können nicht mehr bis zum Serienbeginn (14. August 1921) fertiggestellt, also auch nicht wieder ausgeben werden. In Anbetracht der sich notwendig machenden Kartothekarbeiten mußten die Listen so frühzeitig verlangt werden. In zwischen werden sich alle Mannschaften durch Zu- und Abgänge resp. Umstellungen verändert haben. Aus diesen Gründen sind wir gezwungen, zwecks regulärer Serierendurchführung gemäß § 13l (ohne den zweiten Satz), wie folgt eine neue namentliche Mannschaftsaufstellung aller Vereine zu verlangen. Vektor Termin unabweislich der 6. August 1921 (also 6 Tag vor dem Spiel). 1. Vollständiger Paß; 2. für jede Mannschaft 11 Mann; 3. Alle Ersatzspieler nach Mannschaften zu 1-11 Mann, also z. B.: Der Verein X hat gemeldet 3 Vollmannschaften und hat 60 Mitglieder als aktive Spieler, so meldet er 33 Mann regulär in Mannschaften 1, 2, 3 usw. Die restlichen 27 Mann wie folgt: Die ersten 11 Mann für die 4., die zweiten 11 Mann für die 5. und die restlichen 5 Mann für die 6. Mannschaft usw. Hierzu beachtet § 13d. Nochmals Vereinsleitungen! Beachtet genau die Bundesstatuten § 13.

Vektor Termin für Pässe 31. Juli 1921. Für Mannschaftsaufstellungen der 6. August 1921, sollen eure Mannschaften resp. Spieler alle an der Serie teilnehmen, so kommt dieser letzten Aufforderung und Euch gegebenen Möglichkeit gewissenhaft und pünktlich nach. Am 14. August 1921 beginnen die Serien; ein anderer Termin also selbstverständlich unmöglich.

Der Bezirkspielausschuß für Fußball.

# Aus der Umgebung.

## Bezirksauswahlsitzung.

Zur Regelung der Getreidebewirtschaftung. — Der Kohlenabbau. Zweckerband Groß-Leipzig.

Am Dienstag vormittag fand in der Amtshauptmannschaft Leipzig eine Sitzung des Bezirksauswahlsitzung statt. An Stelle des fehlenden Amtshauptmannes amtierte Reg.-Rat Gochle.

Als 1. Punkt der Tagesordnung stand die Zuwachsteuerordnung für Götzschen, die sich eng an die vom Ministerium gegebenen Richtlinien anlehnt; sie wurde ohne weiteres genehmigt, desgleichen ein Antrag zur Gemeindesteuerordnung wegen der Erhebung einer Grunderwerbsteuer in der Höhe von 2 Prozent. Darauf schritt man zur Jagdsteuerordnung, die von der Amtshauptmannschaft mit Ausnahme des § 4 bewilligt worden war. Der § 4 bestimmte, daß die Steuer nicht erhoben werden darf, wenn ein Jagdhaber die Jagd nicht ausübt. Bequem konnten da 2—3 Jahre Ruhe für das Wild eingeschoben werden, dann würde ein Fortschritt wieder gepachtet, ein halbes Jahr Steuer gezahlt und wieder abgegeben. Aus diesem Grunde, der eine Umgehung der Jagdsteuer ermöglicht, wurde der § 4 gestrichen, eine Abänderung soll noch erfolgen.

Die Gemeinden Crostwitz und Pausen beantragen die Öffentlichkeit ihrer Gemeinderatsitzungen; gleichzeitig bitten sie um die Bewilligung einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat; beide Sämen wurden angenommen.

Aber die Bezirkssteuer läßt sich zunächst noch nichts Bestimmtes aussagen, wahrscheinlich wird sie 38 Prozent betragen; es fehlen noch die Angaben von Markranstädt, das mit seinen Bestimmungen noch mit 1920 nicht fertig ist.

In Böhlitz-Ehrenberg will man die Hundsteuer erhöhen, und zwar auf 30 Mark für den ersten Hund, für jeden weiteren um 10 Mark; hiergegen lag kein Bedenken vor, die Erhöhung der Zuwachsteuer wurde abgelehnt und nochmals an den Gemeinderat verwiesen.

Desgleichen wurde die Kfzsteuer für Dösch-Mark-Neuberg bewilligt.

Zur Regelung der Getreidebewirtschaftung wird in nächster Zeit eine Bekanntmachung erlassen. Sie ist im wesentlichen ein Auszug aus dem Reichsgesetz und den Landesgesetzen, nur auf den Bezirk Leipzig zugeschnitten. Neu ist nur der § 4, welcher denjenigen Gemeinden, die mit der Berechnung ihrer Getreideablieferung nicht allein fertig werden, Unterstützung durch die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes gewährt wird. Für nicht rechtzeitig abgeliefertes Getreide soll nur die Hälfte des Tagespreises gezahlt werden, so glaubt man das „Umlageverfahren“ durchführen zu können. Genosse Reich (USP.) meint, man könne Gesetze über Getreide am grünen Tische ausarbeiten, die Erzeuger würden die Verbraucher genau so an der Nase herumführen, wie früher. Er weist auf die verschiedenen Paragraphen des Entwurfes hin, stellt fest, wie § 9 z. B. unter der Ablieferung von „Brot“ Getreide auch Hafer, Gerste usw. versteht, überall also Hintertüren gelassen waren, so daß wir auf eine Verbesserung des Brotes keinesfalls rechnen könnten. Dann wird von unserer Seite weiter eine ganz genaue Kontrolle der Anbau- und Ausfuhrmengen verlangt, um danach die Ablieferungsmenge genau feststellen zu können.

Für die Ortsfeuerlöschordnung Bösdorf wurde ein Antrag angenommen, nach dem die älteren Einwohner vom Pflichtdienst befreit werden können.

Genosse Dönhardt verlangt dann einen Bericht vom Wäderevisor, um nachzuprüfen, ob er seine Stellung als Kontrolleur der Wädereien und Badwarengesellschaft verfolge. Der Bericht soll in der nächsten Sitzung gegeben werden.

Kohlenabbau. Reg.-Rat Mathe schlägt die Gründung eines Zweckerbandes zwischen der Stadt Leipzig und dem Bezirksverband und den einzelnen in Frage kommenden Gemeinden vor; der Statutenentwurf für diesen Verband wird verlesen, sein Inhalt ist kurz: die Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber den Abbaubehörden der sächsischen Regierung. Ein großer Teil des Hartwaldes wird in das Abbaugelände fallen, also bestraft werden müssen, wonit die Stadtgemeinde Leipzig nicht einverstanden ist. In diesen im Süden liegenden Gemeinden ist man empört, daß man die Abbaubehörden von der Regierung nicht nur verweigert, sondern sogar schon genehmigte Bauprojekte rückgängig gemacht hat. Man versteht ja, daß der Staat als solcher ein großes Interesse am Kohlenabbau hat, aber die einzelnen Gemeinden wollen nicht darunter leiden; auch gegen die Vernichtung des Hartwaldes erhebt man entschiedenen Protest. Ob und wie man sich einigen wird, steht dahin. Vorläufig streitet man sich noch über die Stimmenverteilung im Zweckerband Groß-Leipzig. Öffentlich schließen sich Stadt und Land Leipzig in dieser Angelegenheit endlich einmal zusammen; die wirtschaftliche Hebung des Leipziger Bezirkes würde durch die Sicherstellung der Abbaufazelle ein nicht unerheblicher sein.

Darauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Verst. Sonntag, den 31. Juli, veranstalten die Ortsvereine des Westbezirkes auf dem Bliesch ein großes Waldfest, bestehend in Konzert, Feste, geselligen Darbietungen der Arbeiter-Gesangsvereine, sportlichen Aufführungen der freien Turner-L-Mitgl., Sing- und Tanzgruppen der Jugend. Spiele für Jung und Alt. Sonntag, früh 1/8 Uhr, Stellen an Vater Jahn, Lindenauer Str. 1/8 Uhr Abmarsch mit Musik nach dem Bliesch. Verpflegung mitbringen.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Um die Gewerbe- und Grundsteuer.

Bürgerliche und Kommunisten lehnen im Ausschuss ab. Die Verhandlungen über die Grund- und Gewerbesteuer wurden am Dienstag im Sonderausschuß des Landtages fortgesetzt. Obwohl in der Montagsitzung einige Abänderungen der Gesetzentwürfe beschlossen worden waren, wurden von den Bürgerlichen und Kommunisten in den Dienstagsberatungen die Vorschläge zur Einführung einer Gewerbebesteuer und zur Reform der Grundsteuer abgelehnt. Damit sind die Grund- und Gewerbebesteuer noch nicht gefallen. Die endgültige Entscheidung wird in der am Freitag beginnenden Zwischentagung des Landtages gefällt werden.

Die bürgerliche Presse faßelt natürlich bereits von einer bevorstehenden schweren Regierungskrise und rechnet damit, daß bei Abschaffung der Steuern der Finanzminister Feld zurücktreten würde und ihm die Regierung folgen müsse. Dabei dürfte wohl der Wunsch der Bürgerlichen der Vater des Gedankens sein. Wir sind die bürgerlichen Wünsche nach Krisen der sozialistischen Regierung, die zur Beilegung des sozialistischen Kabinetts führen sollen, in schon gewöhnt. Wenn sich auch nur irgendwo Schwierigkeiten für die sozialistische Regierung ankündigten, und wo keine zu finden waren, wurden solche gesucht, liegt die Hoffnung in bürgerlichen Kreisen auf den Sturz der verhassten Regierung. Die Herrschaften waren aber immer wieder die Selbsthetogenen. Das dürfte auch in bezug auf die Abschaffung der Gewerbe- und Grundsteuer zutreffen. Selbst das Leipziger Tageblatt ist sich im Zweifel, ob die Bürgerlichen geschlossen im Plenum gegen die Vorlage stimmen werden. Auch die Kommunisten erscheinen dem Leipziger Tageblatt nicht als zuverlässige Opponenten gegen die Regierung. Daß unter den bürgerlichen Parteien keine Einheit herrscht und bei einem Teil Meinung für Zustimmung der Gesetze besteht, wird durch die Meldung einer bürgerlichen Pressekorrespondenz bestätigt, wonach die Bemühungen von völksparteilicher Seite um ein Zustandekommen der beiden Gesetze weiter fortgeschritten werden. Selbst wenn diese Bemühungen scheitern sollten, könne nach Informationen der bürgerlichen Pressekorrespondenz keine Rede von einer Regierungskrise oder von Neuwahlen sein.

Die am Freitag beginnenden Plenarverhandlungen werden zeigen, ob die Opposition gegen die Steuerfrage in der Mehrheit steht, und ob die Kommunisten den Bürgerlichen Helfersdienste

legen die sozialistische Regierung leisten wollen. Die Regierung und die sozialistischen Parteien können mit größter Ruhe und Gelassenheit den Ausgang der Verhandlungen des Landtages abwarten.

Wenn der Regierung die Steuervorlagen abgelehnt werden sollten, ist der Bestand der Regierung keineswegs in Frage gestellt, weil die aus den Steuern stichenden Mittel für das laufende Geschäftsjahr bestimmt sind, sondern erst im Jahre 1922 zur Beilegung der Staatsausgaben benötigt werden.

Wurzen. Der Büchauer Wald steht in Flammen; man ist bemüht, das Feuer zu löschen.

Pfauen i. B. Der hiesige Weinstubenbesitzer Albert L. wurde vom Schöffengericht wegen Reinksteuerhinterziehung zu 20000 M. Geldstrafe, sein Sohn wegen Beihilfe zu 9000 M. Geldstrafe verurteilt. Beide hatten den Wein teuer verkauft, als er zur Steuer angemeldet war.

Regio-Breitlingen. Am Sonnabend nachmittag wurden die beiden hiesigen Feuerwehren alarmiert. Der Tagelager war in Brand geraten! Das Feuer griff aber schnell um sich. Zur Unterstützung wurde gegen Abend noch die Leipziger Berufsfeuerwehr zu Hilfe gerufen, die auch bald mit einer Motorspritze erschien. Mit sechs Schlauchleitungen ging man nun dem Brande zu Leibe. Am Abend stand die Hälfte des Tagelagers in Flammen, begünstigt durch den Wind und die große Trockenheit. Am Sonntag plauderten schon den Brand bewältigt zu haben, als sich wieder ein Sturm erhob und die Flammen von neuem anfaschte. Bald hatte der Brand an Ausdehnung noch mehr zugenommen, als tags vorher. Man rief deswegen noch die Chemnitzer Berufsfeuerwehr zu Hilfe. Es wird wohl großer Anstrengungen bedürfen, diesen mächtigen Brand zu löschen. Der Schaden ist ganz bedeutend, da nicht nur viel Material, sondern auch Maschinen mit verbrannt sind. Auch die angrenzenden Getreidefelder sind zum Teil mit in Brand geraten.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Kampf im Metallarbeiterverband.

Die einlaufenden Meldungen über die Ergebnisse der Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband machen immer mehr zur Gewissheit, daß die kommunistischen Gewerkschaftssplitterer eine katastrophale Niederlage erlitten haben. Der im September in Jena zusammengetretene Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird eine Zusammensetzung aufweisen, die fruchtbar und sachliche gewerkschaftliche Arbeit ermöglicht. Die Kommunisten werden ein kleines, unbedeutendes Häuflein bilden, deren Lungenkraft nicht ausreichen wird, über ihre Schwäche hinwegzutäuschen.

Das Ergebnis der Wahlen stellt der Einsicht der deutschen Metallarbeiter das beste Zeugnis aus. Sie haben sich von dem widerslichen Geschrei der Moskauer Puppen nicht betören lassen, sondern unentwegt an der Selbstständigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften festgehalten. Die Kommunisten haben es ganz gewiß nicht fehlen lassen an reger Agitation für ihre Kandidaten. Was sie an mündlicher und schriftlicher Propaganda geleistet haben, stellt eine kaum zu überbietende Höchstleistung dar. Die kommunistische Parteizentrale wußte genau, was auf dem Spiele steht. Gelang es ihr, die größte und für die Arbeiterbewegung wichtigste Gewerkschaft in die Hand zu bekommen, dann konnte sie hoffen, endlich eine feste Grundlage für ihr verbotenes Wirken zu bekommen. Die Kommunisten arbeiteten, als wenn es galt, dem gefährlichsten Klassengegner des Proletariats eine empfindliche Niederlage beizubringen. Wenn die Kommunisten nur einen Teil der nutzlos verschwendeten Kraft dazu verwenden würden, den Kapitalismus ein Stück seiner Macht zu berauben, würden sie sich ein großes Verdienst erwerben. Alle Erfahrungen lehren aber, daß im Kampf gegen die Klassenfeinde die Kommunisten schmählich versagen.

Die Gewerkschaftsbewegung war bis vor einiger Zeit noch verflochten von dem Streit, der die politischen Organisationen des Proletariats schwächt. Wohl hatte sich eine ständig steigende Widerheit gebildet, die die Kräftezerren der Arbeitsgemeinschaft hinderräumen und auch den Gewerkschaftskampf wieder auf revolutionär-sozialistische Grundlage stellen wollte. Aber diese Opposition hatte einen ganz andern Charakter, wie die kommunistische. Sie wollte nicht die Organisationen unter das Diktat einer politischen Partei stellen, wie es die Kommunisten beabsichtigten und auf ihrem letzten Moskauer Kongreß aufs neue und in verstärkter Form zum Ausdruck brachten, sondern wollte den Geist, der die Gewerkschaften besetzt, revolutionieren unter voller Wahrung der organisatorischen Selbstständigkeit dieser. Diese marxistische Opposition, die in allen Verbänden existierte, hat fruchtbarere Arbeit geleistet, trotz ihrer meist zahllosen mangelhaften Schwäche. In einer Reihe von Gewerkschaften, so im Metallarbeiterverband, war diese Widerheit zur Mehrheit geworden. Es bestand die begründete Aussicht, daß die Gesamtvertretung der Gewerkschaften bald wieder auf den Boden zurückkehren würde, der ihr Mutterboden ist: zum Klassenkampf, gegen jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Man durfte hoffen, daß die Gewerkschaftsbewegung in kürzester Zeit in eines der stärksten Bollwerke der sozialen Revolution umgestaltet werden würde.

Da kam die bolschewistische Lehre aus Rußland, die zum Zerreißen der Gewerkschaften aufforderte. Es kamen die Zellenbauer von Moskau und zertrümmerten in wenigen Monaten das Werk, das bisher für die Revolutionierung der Arbeiter mühsam geleistet worden war. Die Frage wurde nun nicht mehr so gestellt: Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft?, sondern Moskau oder Amsterdam — Zusammenfassung des Proletariats auf der revolutionären Grundlage des Klassenkampfes, oder Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Einheitsfront?

Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften konnten diesem Treiben nicht tatenlos zusehen. Speziell die Genossen der USP, die bisher die Seele der Opposition waren, wandten sich mit aller Schärfe gegen die Zertrümmerer. Da sie allein zu schwach waren, verbanden sie sich mit den Kollegen, die sich politisch noch zu den Rechtssozialisten bekannten. Die USP-Genossen wußten, daß sie sich damit erst recht den Angriffen der Kommunisten aussetzen würden. Aber sie haben trotzdem keinen Augenblick geädert, die Verbindung einzugehen. Das Gesamtinteresse des Verbandes stand ihnen höher als alle Fraktionsinteressen. Die Allianz mit den rechtssozialistischen Kollegen geschah zu dem einzigen Zweck, die Einheit des Verbandes zu erhalten. Alle andern Verbindlichkeiten in der Auffassung bleiben bestehen. Kein USP-Kollege denkt daran, in der Frage der Arbeitsgemeinschaften und in andern grundsätzlichen Fragen den rechtssozialistischen Kollegen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die USP-Kollegen wissen auch, daß viele der Herrschaften, die sich jetzt in den Vordergründen drängen, manches auf dem Kerbholt haben. Dagegen, wie überhaupt gegen alles, was den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaft verwischen könnte, werden auch in Zukunft innerhalb des Verbandes die USP-Kollegen ankämpfen.

Wir wissen, daß da noch manches zu tun übrigbleibt. Aber wir wissen auch, daß die Verhäufung der Klassengegensätze, die alle Tage offensichtlicher wird, immer mehr Kollegen die Augen öffnen wird darüber, daß weder durch ein Aufkommen mit dem Unternehmertum, noch durch die blinde Umhetung der Gewalt dem Proletariat geholfen werden kann. So, wie sich auf politischem Gebiet die Grundzüge und die Taktik der USP, als allein richtige erwiesen haben, erweisen sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiet die Grundzüge und die Taktik der USP, als allein möglich und richtig. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk ihrer selbst sein.

Die Einheit des Verbandes ist, wenn nicht von den Kommunisten eine planmäßige Sprengungsaktion erfolgt, gewahrt. Das wird keine Auswirkungen auch auf die andern Gewerkschaften ausüben. Dagegen ist eine andre Gefahr aufzulegen. Viele Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind trotz der intensiven, wohlenthaltenen Agitationsarbeit der Wählurne ferngeblieben. Diese Gleichgültigkeit ist bedauerlich und niederdrückend zugleich. Gewiß, ein Teil der Mitglieder, die in den letzten Jahren zugetrieben sind, sind zunächst nur als Beihilfsmittel anzusprechen. Sie erblicken im Verband eine Einrichtung, die ihnen auf bequeme Art eine Sicherung ihrer Lebenslage gewährleistet, ohne daß sie sich eingehend mit dessen Einrichtungen zu befassen brauchen. Diese Mitglieder zu wirklichen Klassenkämpfern zu erziehen, wird die notwendige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaftsleitungen sein müssen. Aber es kann doch nicht verschwiegen werden, daß viele Mitglieder deshalb der Wählurne fern blieben, weil sie von den ewigen Bruderkämpfen angeekelt sind. Sie gehen von der Ansicht aus, daß gemeinsame Interessen auch gemeinsame Kämpfe notwendig machen. Bei jeder Gelegenheit erleben sie aber, daß die Vertreter des Verbandes von den Kommunisten als Betrüger oder sonst was beschimpft werden. Die kommunistische Presse schreibt alle Tage, daß der größte Feind des Proletariats — die „gelben“ freien Gewerkschaften seien. Was Wunder, wenn viele Gewerkschaftsmitglieder sich angeekelt von der aktiven Mitarbeit abkehren oder gar ihre in ihren Ansichten werden. Es ist eine riesengroße Schuld, die die Kommunisten mit ihrer vergiftenden Agitation auf sich laden. Woherall, wo sie sich betätigen, wächt das Feuer der Indifferenten an. Nicht die soziale Revolution wird durch die kommunistische Tätigkeit gefördert, sondern der Reaktion wird der Boden bereitet. Es ist hohe Zeit, daß die Gemächtheit des Proletariats sich wieder darauf besinnt, unter welchen Voraussetzungen der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden kann. Es ist hohe Zeit, daß die ganze deutsche Arbeiterklasse wieder zu den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zurückkehrt und auf dem Boden des Klassenkampfes der Bourgeoisie eine einheitliche geschlossene Front gegenüberstellt!

### Weitere Niederlagen der Kommunisten im Metallarbeiterverband

In Chemnitz, der kommunistischen Hochburg, ist die kommunistische Niederlage ganz besonders drastisch. Die KAPD brachte nur auf 5600 Stimmen, während die Liste der vereinigten USP und USP 10 946 erhielt. Die Kommunisten erhielten keinen Delegierten. Im Vorjahr hatten die Kommunisten mehr als die Hälfte der Stimm der Vertrauensleute inne. Ihre praktische „Arbeit“ hat gar manchen Metallarbeiter von der kommunistischen Mission geheilt.

Im Bezirk Eisen gehören von 69 zu wählenden Delegierten 57 der Richtung Amsterdam und 12 der kommunistischen Partei an. Diese wurden gewählt in der Zahlstelle Eisen.

Im Bezirk Hagen wurden von 58 Delegierten des Bezirks durch die Zahlstelle Remscheid 7 Kommunisten gewählt. Alle übrigen 49 Delegierten vertreten die Amsterdamer Internationale. In Bochum legte die vereinigte Liste der Sozialdemokraten und Unabhängigen mit 1319 Stimmen gegen die kommunistische mit 934 Stimmen. Alle gewählten Delegierten (5) gehören der Richtung Amsterdam an.

In Oberhausen (Rhld.) wurden mit 961 gegen 308 kommunistischen Stimmen 2 Sozialdemokraten und ein Unabhängiger zum Verbandstag delegiert.

In Mühlheim a. d. Ruhr erhielt die Liste der KAPD, 362 Stimmen und die Liste der SPD, 598 Stimmen. Diese Verschlebung der Mehrheitsverhältnisse in dem ehemals kommunistischen Mühlheim bewirkte die Wahl von 2 Sozialdemokraten. Die Kommunisten sind ganz ausgefallen. In ganz Rheinland-Westfalen wurden also neben 113 die Richtung Amsterdam vertretenden Delegierten nur 19 Kommunisten gewählt.

Von den 18 Hamburger Delegierten sind 12 Sozialdemokraten und 6 Unabhängige.

In Kiel, der ehemaligen kommunistischen Hochburg, siegte die Liste A mit 3638 Stimmen gegen 1593, die auf Liste B entfielen. In Stettin wurden mit 1484 gegen 726 Stimmen 3 Sozialdemokraten und 2 Unabhängige gewählt.

In Saalfeld war die „Mehheitsliste“ ebenfalls kommunistisch erhielt aber nur 375 Stimmen, während die Amsterdamer auf ihre Liste 453 Stimmen vereinigten und den zu wählenden Delegierten stellten.

In Magdeburg wurden für die Liste Flügel (SPD.) rund 1000 Stimmen, vereinigte USP. und KAPD-Liste 3400 Stimmen abgegeben. Hier scheiterte der Versuch einer Verständigung zwischen USP. und SPD. an der Halsstarrigkeit der SPD., welche am Orte von Leuten geführt wird, die die Einigungsbestrebungen der Arbeiter als „Einigungsgewinn“ bezeichnen. Sie werden sich aber ihres Sieges nicht sehr freuen. Trotzdem von der SPD alles an die Wahlurne geschleppt wurde, bedeutet das Stimmenergebnis für die Opposition einen großen Erfolg. Man muß immer bedenken, daß Magdeburg eine der festesten Hochburgen der SPD darstellt.

In Berlin wurden endgültig abgegeben 54 688 Stimmen. Davon erhielten: Liste A (USP. und SPD.) 31 841, Liste B (KAPD.) 22 827 Stimmen.

Die rote Fahne meldete kommunistische Siege in Gotha Nürnberg und Stettin. Soweit Stettin in Frage kommt, ist dies falsch. Dort regten vielmehr die Anhänger Amsterdams. Von Nürnberg ist ein kommunistischer Sieg ebenfalls sehr unwahrscheinlich.

### Verammlung der Leipziger Metallarbeiter.

In der gestern abend stattgefundenen Verammlung wurde u. a. auch die Wahl zweier Angestellten für die Ortsverwaltung vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Bruchardt und Händel mit 635 bzw. 631 Stimmen. Auf zwei Angehörige der Kommunisten entfielen nur rund 500 Stimmen. Das Ergebnis bedeutet eine weitere Niederlage der Gewerkschaftszerstörer.

### Der Streit im Friseurgewerbe geht weiter.

In einer am Dienstag im Eldorado abgehaltenen Versammlung der Barbiergeschillen und Friseurinnen wurde von der Streitleitung der Bericht über die Streitfrage erstattet. Danach steht bei Freitag das Veronal der vier größten Leipziger Friseurvereine im Streit. Sollte dieser Teilstreit ohne Erfolg bleiben, so beabsichtigt die Streitleitung, an das Veronal noch einiger weiterer Geschillen die Aufforderung zum Eintritt in den Streit ergehen zu lassen.

Die Friseurvereinsleiter hatten ebenfalls eine Zusammenkunft. Wie die bürgerliche Presse meldet, wurde gegen 4 Stimme beschlossen, an der Sonntagsarbeit unter allen Umständen festzuhalten und den Streit der Geschillen mit der Unterstützung zu beantworten. Es soll aber erst die am Donnerstag stattfindende Sitzung des Sächsischen Ausschusses abgewartet werden. Die Friseurgeschillen werden sich von dieser Drohung natürlich nicht abhalten lassen, ihre berechtigten Interessen zu verfolgen. Die Sympathien der gesamten Arbeiterklasse sind ihnen sicher.

### Briefkasten.

D. M. G. 1. Ein „Tarif“ besteht nicht. Es ist das zu zahlen was zum Unterhalt eines Kindes gebraucht wird. 2. Diese Kosten müssen Sie auch bezahlen. 3. Darüber gibt Ihnen die Krankenkasse Auskunft. 4. Dazu sind Sie nicht verpflichtet.

Kiel 177. Es kommen die Bestimmungen des Bürgerliche Gesetzbuches über die Schenkung in Frage, die wir im Briefkasten nicht ausführlich wiedergeben können. Der Widerruf eine Schenkung kann nach Beispiel erfolgen bei Verzerrung der Schenkens, oder wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verletzung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen des Schenkens großen Unfalls schuldig macht, z. B. schwere Selbstmord begibt.

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

14] Sie waren allein im Haus, saßen auf dem Sofa und blühten zusammen in die Zeitung. Peter schaute auf, sagte äußerst verlegen: „Genossin Jennie...“

„Ja“, Sie blühte mit ihren ehelichen grauen Augen zu ihm auf. Peter war wirklich befangen, auch ein wenig ängstlich, dieser Teil des Detektivberufs war ihm noch fremd.

(Vortreibung folgt.)

Zum Kirchenkonzert des Dresdner Volkshors.

Die Bestrebungen der Volkshorvereine, die unmittelbar nach dem Kriege und der Revolution allerorts entstanden, in die klassische Musik einzubringen und Aufführungen zu ermöglichen, die man bisher nur den bürgerlichen Chören überlassen hatte, sind mir trotz der geringen Genußnutzung zu begründen und zu fördern.

Aber da fragen nicht wenige: „Wir sind aus der Kirche ausgetreten, sollen möglichst alle austreten und sollen nun wieder hinein in die Kirche, um diese heiligen Lieder und Choräle zu singen, welche den lieben Gott und den Herrn Jesu verherrlichen, wir, die wir nicht an einen Gott geglaubt, noch glauben können?“

Darauf ist zu erwidern: Die Komponisten jener Zeiten wählten mit Vorliebe biblische Texte. Das erklärt sich aus dem zeitlichen Leben ihrer Zeit. Aber sie haben dabei unvermeidliche Werke geschaffen. Die Macht der Töne, die sie darin erreichten, ergreift jeden Menschen, einerlei, wie er zu dem Texte steht; die wunderbaren Harmonien strahlen eine Gefühlswärme aus, der sich kein Mensch entziehen kann.

freigeistige Weltanschauung auf dem Erkennen und Wissen beruht, das in seiner tiefen Klarheit von Stimmungen und Gefühlen nicht mehr beeinflusst werden kann.

Es ist aber nicht ein erhebendes Gefühl, wenn Arbeiterjungen und -Sängerinnen, nach angestrengter Tagesarbeit, sich berechnen, Beethovens Gefänge zur „Neunte“ selbst ihren Klassen-genossen vorzuführen, die da ausklingen: Seid umschlungen Millionen, diesen Ruf der ganzen Welt!

Musikerziehung und Musikpflege.

Das unser heutiges Musikleben an vielen Stellen krank, kann wohl jeder erkennen, der auch nur ein wenig in den Musikbetrieb unserer Zeit hineinschaut. Mehr und mehr zieht sich die moderne musikalische Produktion vom Kunsttempel der breiten Volksschichten zurück und beschränkt sich auf kleine Kreise, die in verächtlichen zurück und beschränkt sich auf kleine Kreise, die in verächtlichen zurück und beschränkt sich auf kleine Kreise...

Ein Weg zur Abhilfe aller dieser Dinge, die unsre Zeit an einer lebendigen musikalischen Kunstübung hindern, versucht Leo Kestenberg in einer unter obigem Titel im Verlag von Quelle u. Meyer erschienenen kleinen Schrift zu zeigen. Mit weitgehender Sachkenntnis auf den verschiedenen Gebieten unseres praktischen Musiklebens schlägt der Verfasser Reformen in großen Stils unter Mitwirkung von Staat und Gemeinden vor.

Die vom Verfasser vorgeschlagenen Reformen sind zweifellos sehr erstrebenswert. Schon seit längerer Zeit werden von verschiedenen Seiten ähnliche Ziele angestrebt. Ein Schritt auf diesem Wege sind ja auch die Arbeiter-Chöre, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Sonnenflecke — die Ursache der großen Hitze.

Dr. Paris, 25. Juli. Hervorragende Männer der Wissenschaft wurden von der Presse über die Ursachen der in diesem Monat über Amerika und Europa blühenden Gluthitze befragt. Insbesondere in der Chicago Tribune nehmen einige berühmte Gelehrte zu dem himmlischen Phänomen Stellung und führen es auf — Sonnenflecke zurück.

Comille Flammarion, Direktor des Observatoriums in Juvisy: „Die Sonne ist verantwortlich für die übertriebene Hitze. Obgleich die Erde 91 Millionen Meilen von der Sonne entfernt ist, erweist sich doch der magnetische Einfluss der Sonne erheblich stärker, als man früher glaubte.“

Kleine Chronik.

Altes Theater. (A 6 da für! — Neunzehnhundert Neunzehn.) Endlich einmal ein deutscher Schwank, der nicht mehr sein will als ein Schwank. Endlich einmal ein Stück, das wirklich wichtig ist und dessen dritter Akt nicht, wie bei so vielen anderen deutschen Komödien, Pöbeln und Schwänken eine trostlose Lede darstellt.

Städtische Theater. In der im Operetten-Theater am 30. Juli stattfindenden Erstaufführung der Leo Fall'schen Operette Die iranische Nationallied sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen: Therese Miet (Titelrolle), Charlotte Bolland, Emmy Komarra, Gertrud Köhner, Charlotte Schödlitz.

Ein fliegendes Fahrrad. Aus Paris wird gemeldet: Der Erfinder des fliegenden Fahrrades, G. Poulain, errang den Preis von 10 000 Frank für den ersten amtlich bescheinigten menschlichen Flug von 10 Meter ohne Hilfe eines Motors.

Eingelaufene Schriften.

Kurt Heintz, Stinnes und seine 600 000 Arbeiter. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 2.50 Mk.

